

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1949**

29 (22.7.1949)



# BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 5 / Nr. 29

Freitag, 22. Juli 1949

Preis 15 Pfg.

**Aus dem Inhalt:**

Sollen wir wegen Sabotagepolitik im Elend versinken? Entscheidung über zwei Wege bei der Bundestagswahl  
Von Willy Grimm

Freudloses Leben der Kriegschädigten

„Mein Haus ist ein Bethaus...“

**Der Frankfurter Hungerdoktor**  
Von Fritz Salp, M.D.

Die das Vergnügen hatten, während des Dritten Reiches Bekanntheit mit dem Gefängnis zu machen und dort gar noch krank zu werden, kannten ihn wohl und hatten ihre Bedenken ob seines Heilverfahrens. Er war keine Einzelercheinung, seine Gesundheitspraktiken waren allgemeine Gefängnismethoden: Man nannte ihn den Hungerdoktor, denn seine Medizin war der Nahrungsentzug.

Der Hunger ist dem deutschen Volke verordnet. Die Doktoren der „Freien Wirtschaft“, die Erhard, Pünder und Schöning, haben die Formen des Entzugs der notwendigen Lebensmittel für die Arbeiterfamilie mit der Währungsreform zwar geändert, doch der Entzug selbst blieb. Prof. Erhards „soziale Marktwirtschaft“ hat das Obst in diesem Jahre in Fülle auf die Märkte gezaubert, aber zu unerschwinglichen Preisen für den mageren Geldbeutel der Arbeiterfrau. Eßt Obst, eßt frische Butter und Ihr bleibt gesund, schrie früher die Reklame — ißt drei Tage nichts und Du wirst gesund, ordnete der Hungerdoktor im Gefängnis an!

Was tuts, daß die Statistik nachweist, daß die Lebenshaltungskosten im Verlauf des Jahres 1948 von 125,4 Prozent auf 144,1 Prozent des Standes von 1937 gestiegen sind und weiterhin in die Höhe klettern?

Was tuts, wenn die Preise immer weiter den Löhnen davon laufen, wenn nach der Berechnung des statistischen Amtes vom Juli 1949 eine Familie von vier Köpfen eine monatliche Summe von 352,26 DM benötigt, um auch nur das Notwendigste zum Leben kaufen zu können, während der Monatsbericht der Bank deutscher Länder nachweist, daß der qualifizierte Industriearbeiter nur netto 200 DM verdient und dem Erwerblosen der gleichen Lohnklasse mit Frau und zwei Kindern 120 DM Unterstützung zur Verfügung stehen?

Was tuts, daß Professor Erhardts Prophezeiung der Beendigung der Klettertour der Preise im Frühjahr dieses Jahres und die Voraussage des Preisabbaues wieder einmal nicht eintrafen und die Preise für die wichtigsten Lebensmittel wie Fleisch, Gemüse, Kartoffeln und Eier sich seit Frühjahr wiederum bedeutend erhöht haben und auch die Kosten der Bekleidung sich nach oben bewegen?

Was tuts, dies alles, wenn der Hunger gesund macht! „Nie ist das deutsche Volk gesünder gewesen, als augenblicklich, früher hat es zuviel gegessen“ erklärte der Direktor für Ernährung Schlange-Schöning auf einer Hausfrauentagung in Frankfurt. Sie mögen sich trösten, die Arbeitslosen, die Invaliden und all die Elenden beim Anblick der unerreichbaren Genüsse in den Schaufenstern: Laßt den anderen, laßt denen, die durch Euer Elend reicher wurden und Ihr werdet Eure Gesundheit erhalten.

Die Verordnungen des Hungers verspotten ihre Opfer. Sie kennen wohl die erschütternden Ergebnisse der Untersuchungen der Schulkinder, sie wissen genau um das Ausmaß der Mangelkrankheiten in den Arbeitervierteln. Stieg doch allein in Nordbaden die Zahl aktiver Fälle der Lungentuberkulose vom März 1947 bis März 1949 von 9154 auf 17 479 an, die der Kinder bis zu 15 Jahren von 1702 auf 5071 Erkrankungen! Schreckliche Beweisziffern der Verelendung! Wie war die Zusammensetzung dieser Frauentagung in Frankfurt, daß nicht ein Sturm des Entsetzens den feudalen Spötter vom Rednerpult fegte?

Die Frankfurter Hungerdoktoren haben dem deutschen Volke den Hunger verordnet, denn Hunger macht gesund. Das Elend der Massen ist die Voraussetzung für den weiteren Gesundheitsprozeß des Profits der Gauner und Spekulanten. Die Politik der Pünder, Erhard und Schöning in der Vergangenheit hatte darin ihre Zielsetzung und ihr politischer Auftrag für die Zukunft liegt ebenda.

## Mannheimer Oberbürgermeisterwahl enthüllt Doppelspiel

Die Oberbürgermeisterwahl stellt die Mannheimer Wählerschaft vor die Entscheidung, zwischen Erwin Eckert und Dr. Heimerich zu wählen. Wem von beiden soll sie die Stimme geben, wer von beiden soll Oberhaupt unserer Stadt werden? Das ist die Frage.

Sollen die, die im vergangenen Jahr auf der Grundlage des Minimalprogramms der Arbeitermehrheit mit Dr. Cahn-Garnier über den CDU-Kandidaten Braun siegten, nunmehr hinter Dr. Heimerich hertraben, der erst von der CDU und DVP erkoren und dann der Sozialdemokratie aufgetrieben wurde? Die Umstände, die zur Kandidatur Dr. Heimerichs führten, würden allein genügen, ihn abzulehnen.

Muß sich nicht jeder Wähler in Mannheim fragen, für welche Politik entscheidet er sich bei der Wahl Dr. Heimerichs, für die der SPD oder für die der CDU und DVP? Oder gibt es gar keinen Unterschied in der Politik dieser Parteien?

**Was stimmt bei der Kandidatur Dr. Heimerichs nicht?**

Vor Jedem in Mannheim steht die Frage, was stimmt bei der Kandidatur Dr. Heimerichs und dem Wahlbündnis der SPD mit CDU und DVP nicht? Ist die Sache nicht faul, wenn zur gleichen Zeit der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim die Wahlschlacht um das westdeutsche Bundesparlament tobt und die SPD, die besitzbürgerlichen Parteien CDU und DVP verantwortlich macht für den Raubzug am kleinen Mann durch die Währungsreform; wenn sie diese beschuldigt, die politischen Einpeitscher des Plünderungszuges der Unternehmer gegen die Arbeiter durch hohe Preise und niedere Löhne zu sein? Kann es stimmen, wenn die SPD in der CDU und DVP die Parteien sieht, die den Kapitalismus „Frankfurter Observanz“ in Westdeutschland in den Sattel gehoben haben, die jede Mitgestaltung und Bestimmung der Arbeiterschaft in der Wirtschaft ablehnen und als Feinde einer wirklichen Sozialpolitik bezeichnet werden, daß sie dann mit diesen zusammengeht?

**Wahrhaftig, da stimmt etwas nicht.**

Warum haben CDU und DVP Dr. Heimerich auf ihren Schild gehoben, nachdem diese doch von den Industrieherrn finanziert werden; 4 DM pro Kopf der Belegschaft sind unsere Kapitalisten bereit, diesen Parteien für ihren Wahlfond zu geben. Warum können CDU und DVP, die ausgehalten sind vom Kapital, ihr Vertrauen Dr. Heimerich geben? Wollen sie in der Mannheimer Gemeindepolitik durch Dr. Heimerich Zins und Zinsszinsen wieder hereinbekommen?

**Ein Geheimnis, hinter das niemand kommt!**

Sind CDU und DVP Förderer des gemeinnützigen Wohnungsbaues? Sind sie Fürsprecher einer sozialen Mietpreisgestaltung? Nein, das sind sie gewiß nicht! Oder sind sie für einen wirklichen Lastenausgleich, der den Kriegs- und Währungsopfern Genugtuung gibt und ihr Elend mildert? Nach der Praxis dieser Parteien darf es kein Mensch mit gesundem Sinnen annehmen. Hinter das Geheimnis, warum dies offenbar der SPD-Vorstand in Mannheim möglich hält, sind wir noch nicht und wird kein Mannheimer Wähler kommen.

**Ein bißchen viel Zumutung**

Sind es zwei Paar Stiefel, ob man zur Wahl für das Gemeindeparlament oder zur Wahl des Bundestags schreitet? Nach dem, was in Mannheim durch das widernatürliche Bündnis zwischen CDU, DVP und SPD bei der Oberbürgermeisterwahl geschieht, könnte man das annehmen. Man wäre geradezu gezwungen, zu glauben, daß ein dieselbe Partei bei der einen Wahl für und bei der anderen gegen die Interessen des Volkes zu handeln vermöge. Der Wolf im Schafspelz bleibt es am 31. Juli wie er es am 14. August sein wird. Und wenn CDU

und DVP in Mannheim das unmögliche Kunststückchen fertig brachten, sich am 31. Juli hundertprozentig selbst verleugnen zu können, bleibt doch ihre sich verheerend auswirkende Politik im gesamten Westdeutschland bestehen, die weitgehend den Rahmen der Gemeindepolitik mitbestimmt. Der Mannheimer SPD-Vorstand mutet der Bevölkerung aus Anlaß der Wahl des Oberbürgermeisters reichlich viel politische Naivität oder Dummheit zu. Beiden werden hoffentlich bei der Oberbürgermeisterwahl nicht allzu viele zum Opfer fallen.

**Darum also keine Beantwortung unseres Briefes?**

Nach dieser Sachlage der Dinge hat der

Mannheimer SPD-Vorstand genau gewußt, warum er den Vorschlag der KPD auf einen gemeinsamen Kandidaten auf der Grundlage eines Minimalprogramms nicht beantwortet hat. Er konnte ja nicht antworten, vielleicht, weil er noch nicht einmal Herr seiner eigenen Entschlüsse war und vielleicht ebensowenig wie wir weiß, worin die Vereinbarungen Dr. Heimerichs mit der CDU und DVP bestehen. Wir halten es für möglich, daß jede Vereinbarung bestritten wird. Dann also ein prinzipienloses Bündnis für die Oberbürgermeisterwahl, bei dem CDU und DVP umso besser im Trüben glauben fischen zu können.

**Mit Erwin Eckert gegen Dunkelmänner und Profitjäger**

Und da mutete man der Kommunistischen Partei zu mitzumachen? Ein reichlich starkes Stück. Zu einer solchen Politik gibt sich die Kommunistische Partei nicht her. Die Öffentlichkeit soll wissen, was gespielt wird, vor ihr sollen die Karten offen liegen. Darum sah die KPD in Erwin Eckert den Mann, den sie gegenüber der Bevölkerung mit reinem Gewissen als Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl vertreten kann. In Mannheim gilt es, bei der Oberbürgermeisterwahl die Arbeitermehrheit zu verteidigen, damit nicht über CDU und DVP sich im Mannheimer Rathaus der Geist der Dunkelmänner und Profitjäger ausbreitet.

## Die Hälfte des Mannheimer Etats Besatzungskosten

Die KPD lehnt ab — Wahlbündnis SPD mit CDU und DVP wirkt sich bereits aus — KPD-Anträge niedergestimmt

Die Kommunistische Stadtratsfraktion hat als einzige den Haushaltset der Stadt Mannheim für das Rechnungsjahr 1949/50 abgelehnt. Der ordentliche Etat sieht Ausgaben und Einnahmen in der runden Höhe von 122 Millionen DM vor. Von den Ausgaben werden fast die Hälfte, nämlich 60,25 Millionen DM durch die Besatzungskosten verschlungen. SPD, DVP, CDU lehnen alle Anträge der Kommunistischen Partei ab, die zum Ziele hatten, durch Streichung überhöhter Posten Mittel freizumachen, um sozialen Zwecken zugeführt zu werden.

So hatte beispielsweise die Kommunistische Partei den Antrag gestellt, die Polizeipferde abzuschaffen, um die eingesparten Mittel und den Erlös aus dem Verkauf der Pferde zur Verbilligung der Bunkermieten verwenden zu können, die teilweise um das Dreifache über dem normalen Mietpreis liegen. An dem sehr stark ansteigenden Polizeietat, verursacht durch die Neueinstellung von weiteren 140 Verwaltungsbeamten, hatte die KPD-Fraktion eine Kürzung um 100 000 DM beantragt. Das freiwerdende Geld sollte zur Verbilligung der Mieten der Neubauwohnungen verwendet werden, denn wie die Erfahrung gezeigt hat, sind die am schlechtesten Wohnenden in Mannheim vom Bezug der Neubauwohnungen im wesentlichen ausgeschlossen, da sie die hohen Mietpreise nicht zahlen können. Eine Einsparung um 1/10 Prozent verlangte die KPD bei den allgemeinen Verwaltungskosten, damit zur Finanzierung der Lernmittelfreiheit an den Volksschulen erhöhte Mittel zur Verfügung stehen.

Daß auch die SPD mit der CDU und DVP gemeinsam diese Anträge ablehnte, dürfte bereits ein eindeutiger Beweis für die unheilvolle Auswirkung ihres Bündnisses mit diesen Parteien aus Anlaß der Oberbürgermeisterwahl sein.

Die Redner aller Parteien konnten sich

nicht genug tun in den Versicherungen, daß die Stadt Mannheim alles tun werde, um den Wohnungsbau voranzutreiben. Im Kontrast zu diesen Versicherungen stand die Tatsache, daß im außerordentlichen Haushaltset keinerlei Mittel für den Wohnungsbau vorgesehen waren. Die Kommunistische Partei verlangte die Einsetzung von 2 Millionen DM. Auch dieser Antrag wurde mit einer fadenscheinigen Begründung abgelehnt. „Wenn im außerordentlichen Haushaltset die von der KPD beantragte Summe von 2 Millionen stehen würde, sei sie ja doch nur eine Fiktion“, meinte Bürgermeister Trumpfeller. Er sprach sogar aus, daß dies nur Zukunftsmusik sei, vergaß dabei zu sagen, daß dies dann überhaupt auf jeden Posten im außerordentlichen Haushalt zutrifft. Die Verwaltung, die bei dem diesjährigen Haushaltset sehr weitgehend das Bestreben zeigte, die Rechte des Stadtrates zu schmälern, will bei den anfallenden Geldern für den außerordentlichen Haushaltset nicht auf den sozialen Wohnungsbau festgelegt sein und, soweit doch etwas in dieser Richtung unternommen wird, die Kontrolle des Stadtrates ausgeschaltet haben.

Die Entschleifung der KPD gegen die der Stadt entstehenden Verwaltungsgebühren von 300 000 DM für das Besatzungskostenamt zu protestieren und ihre Uebernahme durch das Land zu fordern, konnte sich der Stadtrat nicht entziehen. Alle Parteien

## Päpstlicher Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken

Erklärung der KPD zum Exkommunikationsdekret des Papstes

Das Dekret des Papstes, das die Exkommunikation aller Katholiken anordnet, die sich zum Kommunismus bekennen, ist eine der schwerwiegendsten Verfolgungsmaßnahmen in der Geschichte des Pastismus. Mit diesem durch und durch politischen Dekret stellen sich der Papst und die katholische Hierarchie endgültig auf die Seite der untergehenden kapitalistischen Welt des Profits, der Ausbeutung und des Krieges. Sie nehmen Partei für die Reaktion und gegen die Sehnsucht und die Hoffnung der arbeitenden Menschheit auf eine bessere und gerechtere Gesellschaft und auf den Frieden.

Mit diesem Dekret erweist der Papst der

Kirche und dem Christentum einen schlechten Dienst. Die Mittel des Gewissenszwanges und der Einschüchterung werden angewandt, um Millionen Katholiken am Kampf für eine von ihnen als gerecht und mit den tiefsten Forderungen ihres Glaubens in Uebereinstimmung erkannte Sache zu hindern. Der reaktionäre Sinn dieser Maßnahme wird allein dadurch gekennzeichnet, daß der Papst die Führer des Faschismus, die für das Völkermorden und die Gaskammern von Auschwitz und Maidanek verantwortlich zeichneten, nie exkommuniziert hat, hier aber den Bannfluch gegen Millionen einfacher, ehrlicher, gläubiger Menschen schleudert.

Die vom Papst angedrohten Verfolgungen werden nicht verhindern, daß die Menschheit vorwärtsschreitet auf dem Wege zum Kommunismus, auf dem Wege zu einer besseren Gesellschaftsordnung. Sie werden nicht verhindern, daß Millionen Katholiken in den Kommunisten weiterhin die besten Verfechter der Sache des Volkes, der Sache der Mühseligen und Beladenen, der Sache des Friedens erblicken, und daß ihrer immer mehr werden. Wenn der Papst und die katholische Hierarchie sich auf Gedeih und Verderb mit den Mächtigen und Reichen dieser Welt verbünden wollen, so ist das ihre Sache. Aber dann müßten sie folgerichtig auch den Christus der Bergpredigt und die mittelalterlichen Heiligen, exkommunizieren, die den Geist des Kommunismus predigten. Wir Kommunisten achten den Glauben eines jeden und werden auch in Zukunft den Glauben aller Katholiken in unseren Reihen respektieren. Wir werden uns jedoch gegen jeden Versuch, von

welcher Seite er auch kommen möge, die Religion und die Kirche zu politischen Zwecken zu mißbrauchen.

Den Millionen gläubigen Katholiken, die das Wort ihres höchsten Kirchenfürsten ehren, erklären wir: die Weisung des Papstes kann Gültigkeit haben nur für den religiösen Glauben, aber sie hat keinerlei Gültigkeit für die politische Entscheidung und für das politische Handeln.

## Was wollen wir in Mannheim? Was wollen wir für Deutschland?

Darüber sprechen:

**ERWIN ECKERT**

Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl

**WILLY GRIMM**

Kandidat zur Bundestagswahl

Seckenheim am Donnerstag, 21. Juli, 20.30 Uhr im „Vereinshaus“  
Friedrichsfeld am Donnerstag, 21. Juli, 20.30 Uhr im „Palastkino“  
Schönauausiedlung am Freitag, 22. Juli, 20.00 Uhr in der „Bunkerhalle“  
Sandhofen am Freitag, 22. Juli, 20.00 Uhr im „Morgenstern“  
Waldhof am Samstag, 23. Juli, 20.00 Uhr in der „Turnhalle“  
Neckarstadt-West und -Ost am Sonntag, 24. Juli, morgens 10.00 Uhr im „Lichtspielhaus Müller“  
Neckarau am Sonntag, 24. Juli, 20.00 Uhr im „Volkshaus“  
Feudenheim am Dienstag, 26. Juli, 20.00 Uhr im „Badischen Hof“  
Rheinau-Pfingsberg am Mittwoch, 27. Juli, 20.00 Uhr im „Badischen Hof“

Die Sorgen der Bevölkerung sind die Sorgen

der Kommunistischen Partei!

Der Kampf der Kommunistischen Partei ist der Kampf um die Interessen der Bevölkerung!

Kommunistische Partei Deutschlands  
Kreisvorstand Mannheim

## Im Streiflicht gesehen

**Der große Mitläufer**

Wen nimmt es noch wunder, wenn er hört, daß Dr. Hugenberg, früher Generaldirektor bei Krupp, Zeitungs- und Filmgewaltiger in der Weimarer Republik, Minister Hitlers, von einer Berufungskammer als Mitläufer eingestuft worden ist. Der deutsch-nationale Hugenberg wurde Mitläufer ohne Vermögensperre und Berufsbeschränkung. Die Entnazifizierungsgesetze sind doch ein sonderbares Netz. Die kleinsten Fische wurden mit ihm gefangen, aber es läßt jeden großen Haifisch durch.

**Wie ein Betriebsrätewahlkampf der SPD aussieht**

Bei den kürzlich in den Essener Kruppwerken durchgeführten Betriebsrätewahlen erzielte die KPD einen großen Erfolg. Trotz der vom sozialdemokratischen Parteivorstand erzogenen Aufstellung von Parteilisten zu Gewerkschaftswahlen erhielt die KPD 37,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen und wurde damit die stärkste Partei. Die Zunahme ihrer Wähler beläuft sich gegenüber dem Vorjahr auf 11 Prozent.

Wie der SPD-Vorstand den Willen des DGB mißachtet und keine parteipolitisch neutralen Betriebsratswahlen aufstellt, so mißachtet er auch den Willen der im Kruppwerk Beschäftigten. Durch Zusammenschluß der auf Parteilisten gewählten Kandidaten der SPD, CDU und FDP wurden sämtliche KPD-Kandidaten aus dem Betriebsrat ausge-

schaltet und dieses undemokratische Verhalten als „Wahlerfolg der SPD“ in die Welt hinausposaunt.

**Sinkende Lebenslust in Italien**

Aus Italien wird berichtet, daß sich in den größeren Städten eine wahre Selbstmordepidemie ausbreitet. An der Spitze stehen Rom, wo die Selbstmordwelle den Behörden erhöhte Schwierigkeiten mache. Italienische Zeitungen haben beschlossen, Selbstmorde nur noch dann zu verbreiten, wenn sie von öffentlichem Interesse sind.

**„Russen mißhandelten niemanden“**

Ueber den Kraftfahrer Otto Schmitz aus München-Gladbach, ein Militarist echt preußischen Schnittes, der in russischer Kriegsgefangenschaft seine Mitgefangenen auf das Schlimmste mißhandelte, wurde aus Anlaß seiner Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus die übliche Hetze in der Presse gestartet. Der Staatsanwalt hatte entschieden gegen die Sensationspresse protestiert. Die Zeugen hätten eindeutig ausgesagt, daß russische Offiziere und Mannschaften sich an keinen Exzessen beteiligt haben. Es war bezeichnend, was der Offizialverteidiger zur Entlastung seines Mandanten anführte. „Auch in sogenannten guten Zeiten war der ausgeprägte deutsche Militarismus mit Sadismus gleichzustellen. Dieser Militarismus übelster Prägung war dem Angeklagten in Fleisch und Blut übergegangen.“

**Katholiken gegen den Vatikan**

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtet, daß in Düsseldorf-Wersten eine Versammlung von etwa 120 katholischen jungen Männern unter der Leitung von Kaplan von der Loo stattgefunden hat, bei der sich sämtliche Anwesenden gegen das Exkommunikationsdekret des Vatikans gewandt haben und in der Entscheidung des Heiligen Stuhles eine gefährliche Verquickung von Politik und Religion sehen.



### Wirklichkeit und Bluff im Fernen Osten

Naturkatastrophen haben in China für einige Zeit das Tempo der militärischen Ereignisse erlahmen lassen. Offensichtlich hat man in der westlichen Presse aus dieser Tatsache Mut geschöpft und Hoffnungen genährt, die jetzt wieder begraben werden müssen. Auf einer Breite von 800 Kilometer hat der Vormarsch der kommunistischen Truppen nach dem Süden auf Kanton mit raschen Erfolgen eingesetzt.

In letzter Zeit begegnen uns in der Presse merkwürdig anmutende Schlagzeilen. „Tschiangkai-schek wieder an der Macht?“ oder „Tschiangkai-schek übernimmt wieder Führung?“ sind einige davon. Ob man wohl annimmt, daß der harmlose Leser dabei die Vorstellung suggeriert bekommt, Tschiangkai-schek habe wieder Macht und Führung in China übernommen? Unsere Zeitungen können mit dem Hinweis auf ihren Text behaupten, „objektiv“ berichtet zu haben. Führung und Machtübernahme bezog sich auf die Bildung eines zwölfköpfigen Obersten Rat der Kuomintang, dessen Vorsitz Tschiangkai-schek für Nationalchina übernommen hat. Es wird nur bei dieser Gelegenheit vergessen zu erläutern, welche Bankrotter Laden heute die Kuomintang ist und was man sich noch unter Nationalchina vorzustellen hat.

Der Begriff Nationalchina hat heute nur noch geschichtliche Bedeutung, sie im Zusammenhang mit Tschiangkai-schek anzuwenden ist aus zwei Gründen eine fragwürdige gewordene Sache. Tschiangkai-schek verkörpert nicht die chinesische Nation, sondern das Gegenteil davon. Tschiangkai-schek fehlt es aber auch in China an der notwendigen Masse. Sein Schwager T. V. Soong hat erst dieser Tage dem USA-Präsidenten Truman den Vorschlag gemacht, die Insel Formosa an die Vereinigten Staaten zu verpachten. Als jährlichen Pachtpreis wollte er 25 Millionen Dollar. 40 Jahresrenten sollten allerdings im Voraus bezahlt werden. Eine Illustration, wie schiefer der Begriff Nationalchina im Zusammenhang mit Tschiangkai-schek und Kuomintang angewandt wird.

In Schlagzeilen begegnet uns die Ankündigung über seinen „Antikommunistischen Fernostpakt“. Nachdem die Vereinigten Staaten, die Engländer und Holländer mit ihrem Pazifikpakt nicht weiter gekommen sind, will Tschiangkai-schek zeigen, zu was er noch in der Lage ist, und hofft dabei auch den nötigen Druck auf Washington ausüben zu können. Aber es ist alles nur Spiel von Schattenfiguren, und man fragt sich, warum diese Schlagzeilen im Kopf der Zeitungen stehen. Tschiangkai-schek war auf den Philippinen und hat dort mit dem Chef der Regierung, Quirino, über einen antikommunistischen Fernostpakt verhandelt. Es hätte näher gelegen, wenn die Presse berichtet hätte, daß er sich dort ein Asyl gesichert und Gespräche über seinen Fluchweg aus Formosa geführt hätte, denn auch hier brennt ihm bereits wieder der Boden unter den Füßen. Vorläufig soll der berühmte Pakt „Nationalchina“, die Philippinen und Südkorea umfassen, dem sich anzuschließen die übrigen Fernoststaaten aufrufen wurden. Die Marionetten der imperialistischen Mächte planen einen Pakt, der zwar keine Macht, sondern nur Ohnmacht repräsentiert, weil die Vertragschließenden selbst keine haben, aber sie setzen darauf, Gehör und Gefallen zu finden, wenn sie den Pakt mit dem Vorzeichen „Antikommunistisch“ versehen. Unter den amerikanischen Senatoren gab es prompt wieder einige, die erneut mit Plänen der Finanzierung Tschiangkai-scheks zur Aufrichtung der antikommunistischen Front im fernen Osten bereit sind. Die USA-Regierung hat wohl, um diese Dränger los zu werden, die Veröffentlichung eines Weißbuchs über China angekündigt, das der amerikanischen Öffentlichkeit beweisen soll, wie viel Geld auf die Karte Tschiangkai-schek schon gesetzt und vertan worden ist. Sie will ungestört sein auf ihrer Suche nach einem Modus vivendi mit Mao Tse-Tung, der ihr wenigstens in ihrer kritischen Lage ein Tor für den USA-Handel nach China öffnen würde.

Man ist in Washington nüchtern genug, in einem antikommunistischen Fernostpakt nicht mehr als eine leere Demonstration zu sehen, die den Weg zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit China erschweren müßte.

**Und doch: Londoner Streik breitet sich aus**  
Der Kongreß der internationalen Seemanns- und Hafenarbeitergewerkschaft, der gegenwärtig in Marseilles tagt, hat den 14 000 streikenden Londoner Hafenarbeitern ein Glückwunschtelegramm für das hervorragende Eintreten für die internationale Solidarität gesandt.  
Die Verkündung des nationalen Notstandes in England hat nur zu einer Verschärfung des Streiks geführt. Die Unterhändler der Labour-Regierung, die den Streikenden einreden wollten, daß sie nur das Opfer einer Verhetzung seien, sind erfolglos gewesen.  
Konservative, Liberale und Labour-Party sind sich in ihrer Gegnerschaft zu den streikenden Seeleuten einig. Daß sie in ihren Anstrengungen mit allen Mitteln das Ende des Streiks herbeizuführen nicht zu Rande gekommen sind, setzt ein gegenseitiges Zerwürfnis ein. So wird insbesondere der Labour-Party der Vorwurf gemacht, daß es ihr nicht mehr gelingt, die Arbeiter zu überzeugen und diese unter ihrer Führung zu halten. Man zweifelt, ob damit etwas gewonnen sei, daß die Schiffe im Londoner Hafen nunmehr durch Militär ausgeladen werden, ohne daß der Konflikt selbst beendet sei.

**John Forster Dulles enthüllt**  
John Forster Dulles, der als Berater Außenminister Achesons an der Pariser Außenministerkonferenz teilgenommen hat, enthüllte in der Senatsdebatte über den Atlantikpakt, daß die USA-Delegation in Paris schwerwiegende Geheimberatungen abgehalten habe. Die Delegation habe die Frage erörtert, ob es nicht zweckmäßig sei, die internationale Spannung künstlich hochzuhalten, um die Billigung des Nordatlantikkpakt durch den Senat zu erreichen.

## Sollen wir wegen Sabotagepolitik im Elend versinken?

CDU- und SPD-Führer gegen deutschen Handel

Die Ministerpräsidenten Arnold und Kopf, Berlins Oberbürgermeister Reuter und Hamburgs Bürgermeister Brauer, sowie Carlo Schmid, Erich Ollenhauer und Professor Heuß, als Vertreter des Parlamentarischen Rates, haben in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des „Konsultativrats“ den Militärgouverneuren gegenüber abgelehnt, mit der Deutschen Wirtschaftskommission wegen der Wiederaufnahme des deutschen Ost-Westhandels zu verhandeln. Das heißt: Fünf Vertreter der SPD, zwei der CDU und einer von der FDP einigten sich über die weitere Sabotage an der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands. Man möge sich erinnern, daß dieser Konsultativrat weder Auftrag noch Vertrauen des deutschen Volkes besitzt, welches seine Sabotageversuche teuer bezahlen muß.

Jetzt ist also ausgesprochen, was nur immer geflüstert, offiziell aber gelehnet wurde. Professor Erhardt hat noch vor wenigen Wochen auf die direkte Frage eines Journalisten, „ob die Politik der Verwaltung für Wirtschaft darauf gerichtet ist, den Zweijahresplan der Ostzone zu verhindern“, geantwortet: „Meine Wirtschaftspolitik richtet sich nicht gegen ein Land.“

Und nun haben sie, von den Militärgouverneuren gestellt, zugegeben, daß alle Besprechungen, die von der Verwaltung für Wirtschaft bisher geführt wurden, nur die Sabotagepolitik der SPD- und CDU-Führungen verdecken sollten. Schon vor einigen Tagen inszenierte Professor Erhardt den Auftakt zu diesem Gaukelspiel. Erhard beklagte sich bei den Gouverneuren McCloy und Robertson über die niedrigen Preise der Ostzonenerzeugnisse, die besonders bei Glaswaren und Textilien oft fünfzig Prozent billiger seien, als die gleichen Westprodukte. Erhard fürchtete um die hohen Preise seiner „freien“ Marktwirtschaft. Er mußte sich erst von General Robertson belehren lassen, daß die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb Deutschlands gefördert werden müssen, und daß besonders die Konkurrenz in eine „freie“ Marktwirtschaft hineinpaßt.

Der Abbruch der letzten Interzonenhandels-Besprechungen in Berlin auf Wunsch der westdeutschen Delegation bekommt durch die aggressive Antwort der CDU- und SPD-Politiker sein wahres Gesicht. Die Ministerpräsidenten und Mitglieder des Parlamentarischen Rates haben jetzt zugegeben, daß alle Interzonenverhandlungen nicht deshalb scheiterten, weil die Warenlisten nicht da waren, weil das Globalabkommen nicht abgeschlossen werden konnte oder weil keine Einigung in der Verrechnungsmethode erreicht wurde. Jetzt sind die wirklichen Gründe, nämlich der Wille zur Sabotage, herausgestellt. Rein politische Motive sind ausschlaggebend für den Abbruch der Interzonenhandelsbesprechungen durch die westdeutschen Katastrophopolitiker. Der Leiter des Interzonenhandels bei der Verwaltung für Wirtschaft, Dr. Kaumann, hatte es schon vor einigen Wochen im internen Kreise ausgesprochen: „Die westdeutsche Wirtschaft dürfte nicht dazu beitragen, daß der Zweijahresplan der Ostzone mit einem Erfolg endet.“

Die Militärgouverneure gaben diesen „deutschen Politikern“ eine letzte Lehre, als sie sagten, „sie verstanden nicht, daß

Deutsche nicht mit Deutschen verhandeln wollen.“ Der Konsultativrat würde von den Militärgouverneuren aufgelöst.

Die Herren Doktor Erhard, Pünder, Köhler usw. und die SPD- und CDU-Politiker haben mit der westdeutschen Wirtschaft Schindluder getrieben. Jetzt müssen die deutschen Wirtschaftler selber die Karre aus dem Dreck ziehen. Die Betriebsinhaber, die ihre Betriebe schließen müssen, die Betriebsräte, die ihre Zustimmung zu weiteren Entlassungen geben müssen und vor allem die Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz verlassen müssen, weil ernstnötiger Politiker in ihrem Haß gegen die Ostzone und gegen die Sowjetunion ihre Pflicht gegenüber der deutschen Wirtschaft nicht erfüllt haben, sie alle wollen nicht mehr Opfer dieser „Wirtschaftspolitik“ sein. Das Anwachsen des irregulären Interzonenhandels ist der Beweis für das selbständige Handeln der Wirtschaftler gegen die Bestrebungen der Verwaltung für Wirtschaft.

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission, Fritz Selbmann, hat nach dem Abbruch der letzten Interzonenhandelsbesprechung erklärt: „Wir müssen es den westdeutschen Vertretern überlassen, wie sie die Verantwortung für die weitere Verzögerung des Interzonenhandels vor der westdeutschen Wirtschaft übernehmen wollen. Wir wollen diesen Handel, nicht deshalb, weil wir bestimmte Waren unbedingt aus Westdeutschland beziehen wollen, wir können sie auch aus anderen Ländern erhalten. Wir wollen diesen Handel, weil er die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unterstützt.“

## Es kann und muß geholfen werden!

KPD beantragt im Landtag: Volle Auszahlung der Rentenerhöhung

Nach monatelangen Verhandlungen wurde am 17. Dezember letzten Jahres vom Wirtschaftsrat das Sozialversicherungsanpassungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz sieht in seinen wichtigsten Bestimmungen die Erhöhung der Invaliden- und Angestelltenversicherung-Rente um 12 DM bzw. 15 DM, sowie die Festsetzung der Mindestrenten in Höhe von 40 DM bzw. 50 DM vor.

Die Erhöhung der bisher bestehenden Rente war infolge der rapid steigenden Lebenshaltungskosten längst zu einer gebieterischen Notwendigkeit geworden. Reichten doch die kümmerlichen Renten der Mehrzahl der Rentempfänger nicht aus, um auch nur die primitivsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Selbst das alte Sprichwort: „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“, konnte hier nicht mehr angewendet werden. Es war tatsächlich so, daß die Rentempfänger bei diesen Rentensätzen zum langsamen Hungertod verurteilt waren. Deshalb wurde von den Fürsorgeämtern vielfach noch eine zusätzliche Unterstützung gewährt. Es ist nur zu verständlich, daß die angekündigte Erhöhung der Rente von den Rentenbeziehern lebhaft begrüßt wurde. Die Hoffnung auf eine baldige Auszahlung wurde jedoch bitter enttäuscht. Fast ein halbes Jahr verging, bis das Gesetz am 1. Januar wirklich zur Ausführung kam. Und nun folgt für viele die zweite, noch größere Enttäuschung. Von den Fürsorgeämtern (Mannheim ist ausgenommen) wurde die bisher gewährte zusätzliche Unterstützung um denselben Betrag gekürzt, wie die Rente erhöht wurde. Praktisch gingen also ein großer Teil der Rentempfänger leer aus, kam nicht in den Genuß einer Erhöhung. Damit ist eigentlich der Sinn des Gesetzes ins Gegenteil verkehrt worden.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat deshalb im Landtag einen Antrag eingereicht, der folgenden Wortlaut hat:  
Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, das Innenministerium zu beauftragen, eine Verordnung zu erlassen, die bestimmt, daß die durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetz gewährte Rentenerhöhung bis zu dem Betrag von 15 DM bei zusätzlichem Bezug von Fürsorgeunterstützung auf diese Unterstützung nicht angerechnet wird.

**Schiebungen mit Liebesgaben enthüllt**  
Wie die „New York Herald Tribune“ vom 14. Juli berichtet, sind amerikanische und internationale Wohlfahrtsverbände in Schiebung verwickelt, die in viele Millionen gehen. Nach einem offiziellen Bericht der amerikanischen Militärregierung wurden große

Mengen von Geschenkpaketen auf dem deutschen schwarzen Markt verkauft. Der Bericht gibt zu, daß „einige der größten und angesehensten Wohlfahrtsverbände“ in diese Affäre verwickelt sind, er verschweigt aber deren Namen.

**Opel Rüsselsheim abgeblitzt**

Das Arbeitsgericht in Darmstadt fällt, wie die „Informationen“ der KPD Hessens berichten, gegen die Adam Opel A.-G. Rüsselsheim den Spruch, den zu Unrecht entlassenen Maschinenschlosser Kurt Ebert, der als Delegierter zum dritten deutschen Volkskongreß gefahren war, wieder einzustellen. Die Firma muß die Verfahrens-kosten in Höhe von 2400 DM tragen. Die

**Ein zweischneidiges Schwert**  
Die Exkommunikation ist ein zweischneidiges Schwert. Es ist möglich, daß Heinrich nach Canossa wallfahrt, es ist aber auch möglich, daß das weltliche Schwert siegt.  
Mannheimer Morgen

**Angst vor amerikanisch-sowjetischer Verständigung**  
Kaum in Berlin angekommen, eilte der neue amerikanische Hochkommissar McCloy, der von sich selbst sagt, daß er mehr Bankier als Wirtschaftler sei, unter Vernachlässigung der elementarsten Vorschriften der diplomatischen Kunst zu General Tschukow, dem sowjetischen Militärgouverneur, und führte mit ihm eine lange Unterredung über wirtschaftliche Fragen, über die er anschließend eine begeisterte Erklärung abgab. Am nächsten Tag machte McCloy in Begleitung eines stattlichen Gefolges von wirtschaftlichen Experten General Robertson einen Besuch.

In gewissen Kreisen beginnt man zu glauben, daß die amerikanische Politik — insbesondere nach der Veröffentlichung des Artikels des „Wallstreet-Journal“ — einen furchtbaren Dynamismus zeigt, und daß sie Schritte unternimmt, die verdienen würden, besser überlegt zu werden. Diese Versuche in der politischen Welt eine Nervosität, die nur logische Konsequenz einer anderen Nervosität ist,

Opel-Direktion hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

**In Deutschland werden Profite ohne Mühe gemacht**

Trotz der Betonung der Produktionsweise, die selbstverständlich bei allen Problemen der Preisfestsetzung eine Hauptrolle spielt, besteht ein starker Verdacht, daß in Deutschland sehr viele reine Profite ohne Mühe gemacht werden...

Allgemein gesprochen, ist der oberflächliche Beweis vorhanden, daß zur gleichen Zeit, in der die deutschen Löhne ungefähr ein Drittel höher als in den Jahren 1938 liegen, die Preise im Durchschnitt das doppelte und dreifache ausmachen. New York Herald Tribune

## Pressestimmen

**„Er wird bei vielen gläubigen Christen... auf Widerspruch stoßen“**

„Der Kommunismus“ als „Pein Gottes und der Kirche Gottes!“ — so wird der Bannstrahl begründet. Er wird bei vielen gläubigen Christen, auch bei gläubigen Katholiken, wohl auf Widerspruch stoßen, die heute im Westen nicht weniger feindliche Kräfte sehen als im Osten und die jede Kreuzzugsparole deshalb ablehnen, weil sie der Ansicht sind, daß die Fronten heute quer durch alle Völker und Bewegungen laufen. Rhein-Neckar-Zeitung

**Irgend eine Verpflichtung hatten die Gründer des Atlantikpaktes nie vor**

Eine Redlichkeit, die an Halbstarrigkeit grenzt, bringt Senator Taft oftmals in bezug auf die Außenpolitik, in eine Stellung, die weder mit seinen eigenen Wünschen noch mit den klaren Interessen des Landes übereinstimmt. Er hat bedauert, daß er zu mühsam, daß er zu verhältnismäßig wenigen gehört, die gegen den Atlantikpakt sind, obwohl er zugibt, daß er Unrecht haben möge. Die unvermeidliche Verbindung zwischen dem Pakt und dem Waffenprogramm bereiten Senator Taft Sorgen. Er fürchtet, daß ein Programm zur Lieferung von Waffen nach Westeuropa eine Belastung der amerikanischen Steuerzahler und eine Provokation gegenüber Rußland bedeuten wird und er sieht keine andere Möglichkeit, als gegen den Pakt zu stimmen... Wie er (der Pakt, die Red.) durchgeführt werden soll... ist eine Angelegenheit, die angesichts der sich ständig ändernden Bedingungen bestimmt werden muß. Anzunehmen, daß wir uns mit der Unterzeichnung des Paktes zu irgend einer besonderen Politik der Verteidigung oder zensensitiven Hilfe verpflichten, käme dem Vorschlag gleich, die eigene Meinung und Initiative auszuliefern und dies hatten die Gründer des Paktes niemals vor. New York Herald Tribune

## Randbemerkung

Was zu erwarten war

Oberdirektor Dr. Pünder entlastet zwar hat der Untersuchungsausschuß des Wirtschaftsrats seinen Bericht nicht abgegeben und veröffentlicht — vielleicht kommt es auch nach berühmtem Muster zu einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht des Siebener-Ausschusses — aber nach dem Verlauf der Verhöre und Zeugenaussagen zu schließen, dürfte der Sturm im Wasserglas harmlos vorüberziehen. Die SPD wollte zwar für ihren Reibfuß in der Frage der Bundeshaupstadt ein Opfer haben, aber als die Gegenseite dann mit der Aufrollung des Falles Kriedemann antwortete, da war das Verlangen nach dem Skalp des Oberdirektors nicht mehr so groß. Zwar konnte sich der unbefangene Leser auch nach den Aussagen der Zeugen kein klares Bild von dem wahren Sachverhalt machen — angeblich hatten einige Widersprüche zwischen den Aussagen Adenauers und Dr. Pünders „keine erhebliche Bedeutung“ — indessen war doch der traditionelle Sündenbock in solchen Fällen auch diesmal wieder gefunden. Wenn nämlich etwas im Verborgenen zu sein Gesponnenes doch an das Licht der Öffentlichkeit gerät, so ist es natürlich immer die böse Presse, die durch ihre Indiskretion an der Sache Schuld hat. So wurde denn auch die Szene des Untersuchungsausschusses mehr zum Tribunal für die beiden Journalisten als für Herrn Dr. Pünder. Man versuchte mit allen Mitteln die beiden Zeugen von der Presse zur Preisgabe ihrer Informationsquelle zu veranlassen. Ist es denn in solchen Fällen nicht viel wichtiger, festzustellen, ob die Information die Wahrheit enthält, als nach ihrem Ursprung zu forschen? Aber vielleicht sollte der Schleier eben nicht ganz beiseite gezogen werden. Jedenfalls ist der Leser so klug als wie zuvor.

**Truman in Nöten**  
Der sensationelle Reifall der Republikaner bei der vorjährigen Präsidentschaftswahl beruhte vor allen Dingen darauf, daß sie die Versprechungen, mit denen sie die Zwischenwahlen von 1946 gewonnen hatten, nicht gehalten hatten. Es dürfte den Demokraten bei den Wahlen zum Kongreß im nächsten Jahre genau so gehen, wenn Präsident Truman seine Wahlversprechungen von 1948 nicht verwirklichen kann und dazu sind die Aussichten bisher sehr gering geworden. Außenpolitisch wird die Abneigung immer größer, sich wegen des ungeliebten Westeuropas in weitere politische Abenteuer und unabsehbare finanzielle Sanierungsunternehmen einzulassen und innenpolitisch rückt die Wirtschaftskrise mit ihren bedenklichen Folgen unaufhaltsam näher. Schwere Lohnkämpfe stehen vor der Tür, eine neue gewaltige Streikwelle wälzt sich heran und gerade die Mittel, mit denen Truman die Krisengefahr zu bannen hofft, bezwegen klar, daß der Präsident sich über die wahre Ursache der wirtschaftlichen Umschwung in den USA durchaus nicht klar ist. Die von Truman geforderte Steigerung der Produktion in USA von 250 Milliarden Dollar auf 300 Milliarden jährlich ist sinnlos, denn seit Jahr und Tag schon die Produktion dauernd zurückgeht und die Arbeitslosigkeit steigt, weil die Konsumkraft der breiten Masse infolge der enormen Preissteigerung seit Wiedereinführung der Freiwirtschaft in USA im Juni 1946 der Produktion nicht mehr gewachsen ist! Erhöhte Produktion hätte aber zwangsläufig mehr Export zur Folge und damit weitere Erhöhung des Dollar-Defizits der Marshallplan-Länder. In diesem Kampf gegen soziale Fronten und Gegner, selbst im eigenen Lager, hat Truman keine Chancen mehr.

**Der Erhardt an der Spitze, er reitet kühn voran...**  
Die CDU hat beschlossen, bei den Wahlen zum Bundesrat Wirtschaftsminister Erhard der außer im Wahlkreis Ulm-Heidelsheim noch als Spitzenkandidat auf der Landesliste erscheint, in Württemberg-Baden kandidieren zu lassen. Man muß es der „allerchristlichsten“ CDU lassen, daß sie sich bei dem entscheidenden Wahlkampf gegen die Front der Opfer der Währungsreform und Freiwirtschaft keinen besseren Anführer und Vorkämpfer wählen konnte Erhard ist der Bannerträger der Kolonialpolitik Deutschlands und auf diesem Banner sollte neben den Symbolen Kreuz und Dollarzeichen noch der Saiz stehen: „Laß beteln sie geh'n, wenn sie hungri' sind“, in diesem Zeichen wollen sie siegen. Werden sie, deutsches Volk?

**Wer auf Pump lebt, lebt teuer**  
Infolge der Anwendung des 30-Cent-Kurses bei den Weizen-Importen auf den Vereinigten Staaten ab 1. Juli 1949 wird bekanntlich das Brot teurer und seit Monaten zerbricht man sich an den maßgebenden Stellen den Kopf, wie man den Mehrbetrag von einigen hundert Millionen DM dem Konsumenten aufhaken kann, ohne daß er es merkt und für die bevorstehenden Wahlen verstimmt wird. Das ganze Kopfzerbrechen wäre nicht nötig, wenn der Weltmarktpreis für Weizen, der bekanntlich in ständigem Sinken ist, zur Anrechnung käme. Nun zahlt aber die USA-Regierung den Farmern gemäß einem Vertrag aus der Kriegszeit, als die Farmer zur Produktionssteigerung animiert werden sollten, einen Stützungspreis, der über dem auf der Weltweizenkonferenz vereinbarten Weltmarktpreis liegt. Da nun die Bizone den Weizen aus USA auf Pump kaufen muß, so muß sie den teuren Stützungspreis zahlen. Argus

**100 000 Bauarbeiter entlassen**  
Seit der Währungsreform sind in der amerikanischen und britischen Zone Deutschlands von Betrieben der Bauindustrie über 100 000 Bauarbeiter entlassen worden,

## Englischer „Sozialismus“ am Ende des Lateins

Labour-Party besteht die Probe nicht

Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus und der Stahlindustrie in England unter der Labour-Regierung wird der westlich orientierten Arbeiterschaft als die der Demokratie allein gemäße Form der Sozialisierung angesehen. Man will damit zum Ausdruck bringen, daß in der westlichen Welt die Anwendung der in der östlichen Welt üblichen „barbarischen“ Sozialisierungsmethoden sich nicht mit dem nach bürgerlicher Auffassung hohen Stand unserer Kultur und Zivilisation vereinbaren lassen. Man unterscheidet deshalb zwischen dem „asiatischen“ und dem „demokratischen“ Sozialismus westlicher Prägung. Bei ersterem, der ganz nebenbei bemerkt, den polit-ökonomischen Auffassungen Karl Marx entspricht, handelt es sich um die von Marx vorgesehene „Expropriation der Expropriateure“. Man enteignet die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, d. h. man nimmt ihnen kurzerhand das weg, was sie sich in langen Zeiträumen durch schamlose Ausbeutung und sonstige „Kulturmethoden“ aneignet bzw. den schaffenden Massen erpreßt haben: Die Betriebe, die in das Eigentum des Volkes übergehen und den Großgrundbesitz, der die Ansiedlung zahlreicher Bauernfamilien dienstbar gemacht wird. Eine Entschädigung an die bisherigen Besitzer wird nicht gewährt. Praktisch bedeutet das, daß die Reaktionskräfte wirk-

lich und nicht nur scheinbar entmachtet werden und dem werktätigen Volk zur wirklichen und nicht nur scheinbaren Macht verholfen wird.  
Es ist natürlich absurd, von der englischen Labour-Party, die übrigens noch zu keiner Zeit die Theorien Karl Marx anerkannt hat, erwarten zu wollen, die gleichen „ungehebelten“ Wege der östlichen Völker zu gehen und sich deren „barbarische“ Methoden zu eigne zu machen. Gott sei Dank kennt man seine Pflichten gegenüber der westlichen Kultur (d. L. Kapitalisten) und weiß deren Sitten und Gebräuche wohl zu schätzen. Letzten Endes haben wir es im Westen immerhin mit kulturell und zivilisatorisch hochentwickelten kapitalistischen Staaten zu tun. Wohl berzen sie Riesenarmeen von Proletariern, die zwar nach Karl Marx in erster Linie dazu berufen sein wären, die „Expropriation der Expropriateure“ durchzuführen, um dann die kolonial- bzw. Kolonialvolker von den imperialistischen Ketten zu befreien. Aber in diesem Punkte scheint eben Karl Marx nicht auf die verrückte Idee gekommen zu sein, daß für entscheidende Schichten der Werktätigen „westliche Kultur“ und „Freiheit der Person“ mehr bedeuten, als der Verlust der kapitalistischen Sklavketten.  
In England nun, wo die Labour-Party seit

Jahren die absolute Mehrheit im Parlament inne hat hat der Staat den Kohlenbergbau und die Stahlindustrie mit ihrem technisch überlegenen Produktionsapparat in Staats-eigentum übernommen, nicht ohne die Herren Aktionäre standesgemäß zu entschädigen, d. h. auf Kosten der breiten Massen. Die armen Direktoren konnte man natürlich nicht dem grauen Schicksal der Erwerbslosigkeit überlassen und hat sie deshalb einfach kurzerhand übernommen, so daß sich also hinsichtlich der Verwaltung nichts geändert hat. Die englischen Kapitalisten sahen diese Art der „Expropriation“ mehr mit einem lachenden, denn mit einem tränenden Auge. Sie können weiterhin von ihrem vom Staat gesicherten Arbeitslosenkommen leben und die Sorge hinsichtlich der Modernisierung des Produktionsapparates dem Staat überlassen. Aus den bislang privatkapitalistischen Unternehmen sind staatskapitalistische geworden, denn auch jetzt wird nach kapitalistischen Grundsätzen produziert, wofür schon die Herren Direktoren alle Gewähr bieten. Das ist alles. Und trotzdem ist es ein Fortschritt: der zwar nichts mit Sozialismus zu tun hat, auch wenn man dies den Arbeitermassen weis zu machen versucht, aber immerhin ein Schritt, der jedoch das Gefüge der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht von Grund auf umwälzt, son-

dern die Möglichkeit in sich schließt, unter bestimmten Voraussetzungen wieder in umgekehrter Richtung vollzogen zu werden. Dies ganz besonders dann, wenn der Staat Milliardenwerte neu investiert, d. h. den Produktionsapparat modernisiert hat und die englischen bürgerlichen Parteien kraft des unvermeidlichen wirtschaftlichen Fiascos der Labour-Party wieder die Majorität im Parlament besitzen werden, welcher Fall wohl schon bei der nächsten Wahl eintreten dürfte. Es wird dann den Konservativen und Liberalen ein leichtes sein, zu „beweisen“, daß die Wirtschaftskrise mit ihren katastrophalen Auswirkungen auf die Masse ihre Ursache in den „Sozialisierungs“-Experimenten der Labour-Party hat. Rücküberführung der staatskapitalistischen Betriebe in privatkapitalistische Hände wird dann als das Mittel angegriffen werden, das allein nur aus der Sackgasse herauszuführen vermag. Das Flasko der Labour-Party liegt auch schon in der Tatsache ihrer westlichen statt östlichen Orientierung begründet. Und das Ende vom Lied wird sein, daß Teile der englischen Werktätigen für's erste enttäuscht dem Sozialismus den Rücken kehren, aber der Kreis der wirklichen Sozialisten wird eine wesentliche Stärkung durch den Zustrom derjenigen Werktätigen erfahren, die erkannt haben werden, daß eben doch nur ein Weg in den Sozialismus führt, der aber nicht geflastert ist mit „kulturellen“ und „freihellen“ Sprüchen westlicher Observanz sondern der unumgänglichen Notwendigkeiten Marxscher und Leninscher Erkenntnisse Rechnung trägt. H. St.



### Die Zwecklüge zur Oberbürgermeisterwahl

Eine Lüge wird durch ihre Wiederholung nicht zur Wahrheit. Diese Feststellung muß man gegenüber dem Zweckmanöver machen, das von den Interessenten der Kandidatur Dr. Heimerichs zur Oberbürgermeisterwahl in Mannheim von Anbeginn in Szene gesetzt war. Daß die lizenzierte Presse den Vorschlag Dr. Heimerichs lancierte, ist ihr gutes Recht. Auch ist nichts dagegen zu sagen, daß sie sich in Spekulationen erging, wie wohl die einzelnen Parteien dazu stehen werden. Für eine später auftauchende Behauptung aber, sowohl in der Rhein-Neckar-Zeitung wie im Mannheimer Morgen, daß alle Parteien — also auch die KPD — für die Kandidatur Dr. Heimerichs seien, ist sie jeden Beweis schuldig geblieben. Sie hat damit öffentlich gemacht, was wohl als Verwirrungsmanöver durch Flüsterpropaganda auf die Anhänger der Kommunisten berechnet war.

Den Vogel schießt aber der sozialdemokratische „Volkswille“ ab. Unter der Überschrift „KPD nominiert Erwin Eckert — was haben wir dazu zu sagen?“ versucht er in einer seltenen Selbstgefälligkeit gleich eine Reihe von Lügen über die Geschichte der Kandidaturen zur Mannheimer Oberbürgermeisterwahl zu geben. Es wird in dem Artikel behauptet, daß „mündliche Aussprachen mit den Vertretern aller politischen Parteien in Mannheim zu dem Ergebnis führten, die in Aussicht genommene Kandidatur des ehemaligen Oberbürgermeisters Dr. Heimerich ellsseitig zu unterstützen“. Wir stellen dazu fest, daß keine Verhandlungen zwischen Beauftragten der Parteien stattgefunden, an denen KPD-Vertreter teilgenommen haben. Im Anschluß an eine Stadtsitzung hatte Bürgermeister Trumpfhelder die Fraktionsführer der vier Mannheimer Parteien zu einer Besprechung gerufen. Dort stellte er die Frage der Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl und meinte, ob es nicht an der Zeit wäre, dem Ratsrat in der Presse dadurch ein Ende zu machen, daß sich die Fraktionsführer zur Kandidatur Dr. Heimerichs äußern. Kuhn (CDU) erklärte sich sofort für dessen Kandidatur, mit der von uns bereits gebrachten Begründung, daß an Dr. Heimerich eine „Wiedergutmachung“ durchzuführen sei, eine Ansicht, der sich der Fraktionsvorsitzende der DVP sofort anschloß. Frau Anette Langendorf (KPD) erklärte in dieser Besprechung, daß ihre Partei zur Kandidatenfrage und damit auch zu Dr. Heimerich nicht Stellung genommen habe und sie es ablehnen müsse, daß in dieser Besprechung eine Festlegung getroffen werde. Stadtrat Sommer (SPD) versicherte demnach, daß er zu einer Festlegung deshalb nicht in der Lage sei, weil allein über diese Frage die Funktionsversammlung der SPD zu entscheiden und diese noch nicht stattgefunden habe. Anderntags kam in der Mannheimer Presse die Mitteilung: „Alle Parteien für Dr. Heimerich.“ Der Vorstand der Kommunistischen Partei hatte inzwischen dem sozialdemokratischen Vorstand den Vorschlag gemacht, unter Schaffung eines Minimalprogramms einen gemeinsamen Kandidaten wie im Falle Dr. Cahn-Garniers aufzustellen. Der Vorschlag blieb unbeantwortet, denn die kommunistische Partei hatte nicht ohne Bedacht daran die Bedingung einer Abgrenzung gegenüber der CDU geknüpft, die ja Dr. Heimerich der SPD oktroyiert hatte. Wenn jemand erwartet oder durch taktische Manöver glaubte die KPD ins Schlepptau der CDU zu bringen, dann hatte er sich verrechnet. Daß der SPD-Vorstand nicht antwortete, konnte in jenem Stadium auf zweierlei Art erklärt werden. Erstens, der SPD-Vorstand wollte seine Bindung an die CDU nicht mehr brechen und zweitens, er rechnete bei seiner Verzögerungstaktik, daß die Frist zur Bewerbung mittlerweile ablaufen könnte. Im letzteren Falle hätte er sich verspekuliert, wenn er das Glaubens gewesen sein sollte, auf diese Art die KPD schachtmatt zu setzen und erzwingender Weise zum Nachbar der CDU machen zu können.

Die Kommunistische Partei hat in einer Funktionsversammlung zur Oberbürgermeisterwahl Stellung genommen und in der Kandidatenfrage entschieden. Es gab einen Tag vor dieser Funktionsversammlung im Rosengarten bei der Siegesfeier für den VIR zwischen dem Vorsitzenden der KPD und Stadtrat Maier SPD eine rein zufällige Diskussion, in der dieser entsetzt war, daß der SPD-Vorstand auf den Vorschlag der KPD noch nicht geantwortet habe, nachdem dieser längst den Auftrag zu einer Beantwortung gegeben habe. Nach einer Rücksprache Stadtrat Maier mit Bürgermeister Trumpfhelder kam die Versicherung, daß die KPD

## Freudloses Leben der Kriegsbeschädigten

Gleichgültigkeit und Unverständnis, aber keine Hilfe

### Im Innern der Werkstatt

Am massiven Betonklotz des Ochsenpferchs von trauriger Berühmtheit, an der Nordseite, zu Beginn der Fröhlichstraße klebt eine halberfallene Baracke von Miniaturgröße. Ueber den vernagelten Fenstern hängt ein primitives Schild: Schwarze Lettern auf Holz gemalt verkünden: Schwerbeschädigten - Betriebsabsatzgenossenschaft. In dieser Inschrift schon liegt die ganze Tragik der Versehrten unserer Zeit. Sie müssen arbeiten, um das Leben zu fristen, die staatliche Rente schützt nicht vor dem Verhungern.

Die verwiterte, windschiefe Hütte hat einen schmutzigen Anstrich. Ein zerfallenes Dach deckt sie, mit Dachpappe notdürftig geflickt und abgeschirmt gegen Regenfälle, Wände mit Löchern, durch die man bequem den Kopf hindurchstecken kann, das ist die Werkstatt der Genossenschaft der Kriegsbeschädigten, mehr hat der Weststaat, dessen Verfassung so schön von der Würde des Menschen deklamiert, nicht für sie übrig.

Drinnen herrscht ein Armenhaushalbdunkel, welches durch das Tageslicht, das durch die Ritzen fällt, nur spärlich erhellt wird. Ein paar Hohlbenke sind das Inventar, alte Möbel, halberbrochen, zum Teil wieder geflickt, Strandgut des Krieges, ein Antiquariat der Armut türmt sich rings bis zur Decke. Fleißige Hände schaffen, sieben Kriegsbeschädigte mit 50 bis 70prozentiger Erwerbsminderung führen Raubbank, Hohl und Stemmeisen, daß der Schweiß von der Stirne trieft, sie schaffen, leisten produktive Arbeit, während SS-Generale Pensionen einstecken. Diese Unglücklichen schaffen täglich neun Stunden, um ihre Genossenschaft, die finanziell auf wackligen Füßen steht, über die Krise hinwegzubringen, machen alte Möbel neu. „Wir sind ein Kollektiv“, sagt ein Schwerbeschädigter mit einem von einer Granate zerfetzten Gesicht zu mir. „Wir sind eine freiwillige Organisation der Selbsthilfe. Jeder von uns zahlt einen Anteil in die Genossenschaft von

200 DM, deshalb die eine Mehrstunde täglich, wodurch wir unseren Anteil ableisten. Mit nichts haben wir angefangen, das heißt mit einem Darlehen von 500 DM, das uns das Wohlfahrtsamt gegeben hat. Ihr Genosse, der ehemalige Arbeitsminister Kohl, hat uns sehr unterstützt, auf sein Betreiben sind die Genossenschaften erst entstanden.“

### Beschämende Gleichgültigkeit von Stadt und Staat

Diese elende Baracke, ehemals Kriegsgefangenenküche (als der Ochsenpferch noch Gefangenenerlager war) hat die Stadt grümmig diesem Kollektiv überlassen. Damit erschöpfte sich die Hilfe. Fürsorgeamt und Arbeiterwohlfahrt sind die Abnehmer der Möbel. Mit dem Fürsorgeamt besteht übrigens ein Liefervertrag, bei den Lieferungen gehen jeweils 10 Prozent ab für das Darlehen. Die Möbel sind billig, ein Bett mit Rost kostet beispielsweise nur 35 DM. Interessant dabei ist zu wissen, daß der Geschäftsführer des Flüchtlingsverbandes, der Möbelgroßhändler Hofrichter, sich seinerzeit in den Vertrieb einschalten wollte, mit einem

entsprechenden Aufschlag von 10 DM pro Bett, die als Rebbach in seine eigene Tasche fließen sollte. Stadt und Staat halten eiserne die Taschen zu. Der Betrieb könnte rationeller arbeiten, wenn Maschinen vorhanden wären. Eine Bandsäge ist da, von der Hauptfürsorgestelle Karlsruhe gestiftet und eine Kreissäge. Sie können aber nicht aufgestellt werden, weil kein Stromanschluß vorhanden ist. Es mangelt an Geld und niemand hilft. Gibt es ein beschämenderes Zeugnis der Gleichgültigkeit behördlicher Stellen gegenüber den körperlichen Wracks des Krieges? Aus eigener Kraft kann sich die Genossenschaft nicht helfen. Die spärlich fließenden Einnahmen aus den Verkäufen gehen restlos drauf für die schmalen Tarife.

### Wie könnte geholfen werden?

Der kommende Winter, dessen Kälte durch Luken und Wände dringen wird, stellt die Genossenschaft vor ein unlösbares Problem. Sie hat versucht im Haus des Roten Kreuzes in R 5 unterzukommen, bisher vergebens. Sie braucht Holzbearbeitungsmaschinen, Raum für ein Materiallager, Raum



für ein menschenwürdiges Arbeiten. „Die Stadt könnte uns helfen“, meint der stellvertretende Leiter Ott, „wenn die Stadt fünf Anteilscheine zu je 1000 DM zeichnen würde, wären wir mit einem Schlag nicht nur aus der Klemme heraus, sondern wir könnten noch ein paar Schwerbeschädigte einstellen.“

Neben der Baracke ist noch ein kleiner Anbau, dessen Beschaffenheit ein würdiges Gegenstück zu ihr bildet. Es ist die Werkstatt des Polsterers. „Wenn die Sonne scheint, arbeite ich im Freien“, sagt der Mann. „Wenn es aber regnet, verziehe ich mich nach innen und ziehe eine Schwammweste an“, setzt er mit einem Anflug von Galgenhumor hinzu.

Tapfere Menschen sind es, diese Sieben von der Genossenschaft. Sie haben ihre zerschossenen Körper herübergerettet aus dem Inferno des letzten Krieges, herübergerettet ins zivile Dasein und aus eigenen Kräften den Weg zur Gemeinschaft gefunden, den Weg ins Leben. Ihnen zu helfen ist einfache Menschenpflicht, sie im Stiche zu lassen, Grausamkeit.

### Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

### Zu „Gorkis Nachtschlaf in Mannheim“

Den Artikel „Gorkis Nachtschlaf in Mannheims Bunkern Wirklichkeit“ in der Nr. 27 Ihres Blattes habe ich mit großem Interesse gelesen und kann Ihnen sagen, daß ich über die hohen Mieten, welche ausgerechnete Flüchtlingsfamilien für solche Betonkammern zahlen müssen, sehr empört bin. Ich selbst bin in der glücklichen Lage, eine Zweizimmerwohnung in der Schönau für meine fünfköpfige Familie zu haben, die mich monatlich 35.— DM kostet, die ich auch nur mit Mühe aufbringen kann. Um so mehr bin ich darüber aufgebracht, daß eine Familie von sechs Köpfen im Ochsenpferch, wie Sie schreiben, 55.— DM monatlich für zwei Bunkerräume hinlegen muß. Das schlägt wirklich dem Faß den Boden aus. Ich habe auch einen Bunkerbewohner in meinem Bekanntenkreis, einen jungen Arbeitskollegen, der im Tiefbunker bei der Kunsthalle haust und dort 22.50 DM monatlich für ein Bett in einer kleinen Zelle zahlen muß. Zu zweien liegen da die Insassen in einer Zelle, so daß im Monat 45.— DM für einen solchen Raum vereinnahmt werden. Es wohnen übrigens in diesem Bunker ca. 150 Menschen, Arbeiter, die beim Amerikaner ihr Brot verdienen, und auch einige DP's. Begründet werden diese hohen Mieten, wie überall, mit dem Stromverbrauch, der natürlich, da der ganze Tag das Licht brennt und elektrisch gekocht wird, enorm ist. Wann geht die Stadtverwaltung endlich dazu über, für die Bunkerbewohner verbilligten Strom zu liefern, wie ihn die Industrie bekommt, oder sind die Bunkerbewohner Menschen zweiter Klasse?

W. W. Mhm-Schönau

## Saumseligkeit der Behörden gefährdet Menschen

Warum wird den beiden Flüchtlingsfamilien im Waldschlößchen „Sorgenfrei“ in Mauer nicht geholfen?

Seit 1946 leben in Mauer im Waldschlößchen „Sorgenfrei“ zwei kinderreiche Familien in Notwohnungen, in denen es kein Wasser gibt, so daß es 200 Meter und bei Frost im Winter sogar 400 Meter entfernt hergeholt werden muß. Beide Familien sind Flüchtlinge. Die untere Familie leidet an einer schweren Lungentuberkulose. Die fünf Kinder der gesunden Familie werden durch Auswurf, starken Husten und hygienisch undiszipliniertes Verhalten ständig auf das Schwerkopf gefährdet, zumal beide Familien gemeinsam eine im Freien stehende Latrine benutzen müssen. Wiederholt wurde festgestellt, daß dieser Ort und die dorthin führenden Wege mit blutigem Auswurf bedeckt waren. Die Gefahr der Ansteckung ist also groß und tatsächlich ist auch bereits

ein Kind der gesunden Familie erkrankt und befindet sich in einer Lungenheilstätte, fällt also der staatlichen Gesundheitsfürsorge zur Last. Weder der Bürgermeister von Mauer, der Landrat von Heidelberg, der Präsident des Landesbezirks Baden in Karlsruhe, noch das Gesundheitsamt in Heidelberg haben bisher auch nur die geringsten Versuche unternommen, diese Bedrohung einer gesunden Familie zu beseitigen, obwohl sie vor einigen Monaten davon unterrichtet wurden. Muß erst die ganze Familie erkranken, ehe endlich Abhilfe geschaffen wird? Mühsen erst der Gesundheitsbehörde neue Lasten erwachsen für die Heilung weiterer kranker Kinder, die jetzt noch gesund sind, bis das Erforderliche getan

wird? Wenn jetzt geholfen würde, wären weniger Kosten aus öffentlichen Mitteln erforderlich.

Der vorliegende Fall beweist wieder einmal mit Eindringlichkeit, daß in den Behörden nicht die Einstellung herrscht, die man voraussetzen müßte. Statt im vorliegenden Fall schleunigst Abhilfe zu schaffen, wie es der gesunde Menschenverstand und das soziale Empfinden verlangen, wird die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben. So erleidet die betroffene Familie Schaden und der Allgemeinheit entstehen Kosten. Mit nur einem Teil dieser Kosten hätte die notwendige Aenderung geschaffen werden können.

g. k., Mauer/Hdbg.

## ... Als ob es keine Frauen- und Jugendschutzbestimmungen gäbe!

Arbeitszeit ohne Grenzen bei zwei Mannheimer Firmen

Recht sonderbare Zustände herrschen bei der Firma Otto Christ — einer Drahtwarenfabrik in Käferthal. Die Arbeiter werden dort täglich 12 Stunden beschäftigt, darunter ein schwerastmankranger Junge von 15 Jahren mit ebenfalls 72 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit. Der Inhaber der Firma glaubte in der Aussprache mit den Vertretern des Industrieverbandes Metall die Sache mit der Entschuldigung abtun zu können, daß die Mutter des Jungen mit dieser langen Arbeitszeit einverstanden sei. Vielleicht ist es aber auch so gewesen, daß man die Mutter vorher fragte, ob ihr Junge im Interesse der Firma länger arbeiten könne? Darüber hinaus wurde uns von anderer Seite bestätigt, daß man sogar versucht hat, diesen Jungen zur 12stündigen Nacharbeit heranzuziehen.

Otto Christ ist jedoch kein Einzelfall, denn bei der Firma „Süddeutsche Drahtindustrie Mannheim-Waldhof“ liegen die Verhältnisse nicht anders. Dort wurden ohne Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes Frauen in Wechselschicht täglich 12 Stunden lang beschäftigt. Auch mehrere Arbeiter mußten wochenlang 12 Stunden am Tag arbeiten.

Die Zustände in diesen Firmen erinnern an jene der Jahrhundertwende, als noch keine Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche bestanden. Die Unternehmer

setzen sich rücksichtslos über bestehende Gesetze hinweg. Das alles wäre noch länger möglich gewesen, hätte sich nicht im ersten Fall die Nachbarschaft über die nächtlichen Ruhestörungen beim Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit beschwert, wodurch diese Zustände erst ans Tageslicht gefördert wurden. Von den Beschäftigten selbst war bisher nichts dagegen unternommen worden. Wie hätten sie es auch tun sollen, wenn sie noch nicht einmal gewerkschaftlich organisiert sind?

### Genosse Ludwig Montag zum Gedenken

Einer unserer Besten, Gen. Ludwig Montag, ist für immer von uns gegangen. Sein Leben gehörte der Sache der Werktätigen in den Reihen der Kommunistischen Partei, dem revolutionären Vortrupp der Arbeiterklasse, der er seit 1924 angehörte. Schlosser von Beruf, Mitglied des Metallarbeiterverbandes und des bahnnausbesetzungs-Werk. Kommunist, verließ er 1933 als aufrechter Kommunist, verlassen mußte. Mitbegründer der Freien Sportvereinsigung 1906 in Ketsch, schenkte er dem Arbeitersport seine unermüdete Initiative, die ihn zur Roten Sporteinheit führte. Im Dritten Reich war Gen. Montag ein unverzagter und aufopferungsvoller Mitkämpfer der illegalen Kampfgruppe der KPD.

Am 18. Juli hörte sein Herz auf zu schlagen. Wir stehen trauernd an seiner Bahre und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Kommunistische Partei Deutschlands Ortsgruppe Ketsch.

### Die „Falken“ mußten kürzer treten

Die sozialdemokratische Jugendorganisation Falken mußte in der letzten Jugendratsitzung am Donnerstag, dem 14. Juli, ihre gegen die Freie Deutsche Jugend gerichtete „Protestresolution“ zurückziehen.

Diese in der vorletzten Tagung des Jugendrates behandelte Entschliessung nahm eine gegen Westberliner Falken durchgeführte Gerichtsverhandlung (wegen Verbreitung illegaler Heftchen) im Ostsektor Berlins zum Anlaß, „demokratische Freiheit“ und „Brechung des Monopols der FDJ“ in der Ostzone zu verlangen. Es war klar, daß die Kampagne der „Jungsozialisten“ auf den Ausschluß der FDJ aus dem Jugendrat abzielte.

Der Jugendrat lehnte die Annahme einer solchen Entschliessung ab. Eine neue Resolution der Falken wurde in der letzten Sitzung

eingebracht. Diesmal richtete sich der Angriff nur gegen die angeblich unmenschliche Art der Prozedurführung. Die Falken wollten in Erkenntnis des Zusammenbruchs ihrer Aktion wenigstens nicht ganz leer ausgehen. Die Abstimmung über ihren Antrag ergab einen knappen Sieg der Falken. Mit ihnen stimmten Naturfreunde, Pfadfinder und katholische Jugend für die Annahme der Resolution, die die FDJ dagegen, während Gewerkschaftsjugend und Sportjugend sich der Stimme enthielten. Insgesamt wurden zehn Stimmen für die Entschliessung abgegeben bei sieben Gegenstimmen oder Enthaltungen.

Nach der Abstimmung sprach ein Vertreter des Stadtjugendsekretariats über die Neuwahl der Jugendvertreter am 1. Oktober. Die einzelnen Organisationen werden entsprechend ihrer Mitgliederzahl demokratisch gewählte Vertreter in den Rat entsenden. Die nächste Sitzung des Jugendrates findet am 6. Oktober in der Wohlgegenschule statt.

### Achtung, VVN-Mitglieder!

Wir weisen nochmals auf die am kommenden Freitag, 22. Juli, 18.30 Uhr, in den Motorenwerken stattfindende Mitgliederversammlung hin. VVN Kreisstelle Mannheim.

### Frauen urteilen über Männer ...

George Sand: Ein Mann, der von der Liebe geistreich spricht, ist ein mittelmäßiger Liebender.

Christine von Schweden: Wenn die schwachen Männer manchmal niederträchtig sind, so deshalb, weil sie beweisen wollen, daß sie stark sind.

Madame d'Arfand: Für die Männer gilt das Gegenteil wie für die Statuen: Aus je weiterer Distanz man sie betrachtet, desto größer sind sie, je mehr man sich ihnen nähert, desto mehr schrumpfen sie zusammen — meistens bis zum Nichts.

Madame d'Agoult: Um ein großer Mann zu sein, muß man große Dinge vollbracht haben; aber es genügt nicht immer, große Dinge vollbracht zu haben, um ein großer Mann zu sein.

Madame d'Arconville: Die Mehrzahl der Männer liebt uns viel häufiger aus Gewohnheit und Tradition als aus Geschmack und Wahl. Ihr Benehmen beweist alle Tage diese Wahrheit; aber bei nahe keine Frau will es für wahr halten.

bestimmt am nächsten Morgen die Antwort des SPD-Vorstandes in der Hand haben werde. Das war nicht der Fall.

Man mag aus der Schilderung dieses Ablaufs ersehen, wie groß die Lüge ist, wenn der „Volkswille“ schreibt: „Auch die Vertreter der KPD gaben eine zustimmende Erklärung ab. Der Vorstand der SPD Mannheim sah in dieser mündlichen Aussprache den an ihn gerichteten Brief der KPD als genügend beantwortet.“ Der Artikel im „Volkswille“ trägt die Unterschrift „SPD Mannheim“. Wir fragen den Vorstand der SPD Mannheims, ob das sein verantwortliches Zeichen ist. Wenn ja, bezichtigen wir ihn der bewußten Lüge.

-ym-



Wenn wenige Monate genügen, um der Collie-Cigarette einen täglich immer größer werdenden Kreis treuer Freunde zu gewinnen, so verdankt sie dies ebenso sehr der in ihr zur Vollendung gebrachten Geschmacksrichtung wie ihrer gleichbleibenden Güte.

Vom ersten bis zum letzten Zug ist

Collie-Cigaretten verdanken ihre Kraft und Würze der glücklichen Vereinigung zweier Großprovenienzen - Virginia und Orient.



gut!



# „Manna vom Himmel“

Warum nicht auch für uns?

Je größer die Dollarknappheit in England ist, desto mehr wachsen auch die Bestrebungen vernünftiger Wissenschaftler, die Handelsbeziehungen zu den Ländern zu erweitern, die im Austausch gegen Lebensmittel und Rohstoffe Produkte der britischen Fertigwarenindustrie eintauschen können. Das Handelsabkommen mit Argentinien war nur ein erster Schritt, der Diktatur des Dollars zu entrinnen. Nun sind Bemühungen im Gange, vor allem mit den britische Wirtschaft ergänzenden Ländern Ost- und Südosteuropas ein großes Geschäft zu machen. Beamte des britischen Handelsministeriums haben bekannt, daß sie hoffen, in kurzer Zeit mit der Sowjetunion, Jugoslawien, Ungarn, und der Tschechoslowakei Handelsverträge abzuschließen, die einen Austausch von Waren im Werte von 1 Milliarde Dollars vorsehen.

Das Angebot, das von den osteuropäischen Ländern ausging, wird in einem Londoner Bericht der „Associated Press“ angesichts der Notlage der britischen Wirtschaft als „Manna vom Himmel“ bezeichnet. Der Berichterstatter hat völlig Recht. Der Ausbau des Ost-Westhandels ist der entscheidende Schritt, um das britische Volk vor einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit, vor einem noch stärkeren Sinken des Lebensstandards und die britische Wirtschaft vor Konkurs und weiterer Abhängigkeit von der Wallstreet zu bewahren.

Könnten aber nicht auch wir Deutsche etwas von diesem „Manna vom Himmel“ gebrauchen? Leidet nicht auch unsere Wirtschaft darunter, daß uns die JETI gewaltig von unseren traditionellen Absatzmärkten in Ost- und Südosteuropa abschneidet? Steigt nicht auch bei uns die Arbeitslosigkeit, weil uns die Rohstoffe zur Herstellung unserer Qualitätszeugnisse vorenthalten werden und wir saft dessen Kohle und Stahl exportieren müssen?

Auch wir Deutsche wollen an diesem „Manna vom Himmel“ unseren Anteil haben. So gut uns in der Zeit der schlimmsten Krise und Arbeitslosigkeit anfangs der dreißiger Jahre die Handelsverträge mit der Sowjetunion vor noch Schlimmerem bewahrten, ebenso könnten sie heute die Existenz unserer Wirtschaft und damit das Leben unseres Volkes sicherstellen. Damit aber auch wir von diesem „Manna vom Himmel“ Anteil nehmen können, ist es notwendig, den Politikern der SPD, der CDU und der FDP den Rücken zu kehren, die die Wiederaufnahme unserer Handelsbeziehungen zu unseren Brüdern im Osten unserer Heimat und zu den Ländern Ost- und Südosteuropas sabotieren. Wenn wir alle, gleichgültig welcher Partei wir angehören, in einer breiten nationalen Front zusammenstehen, um die Not unseres Volkes zu bannen, dann werden auch wir von diesem „Manna vom Himmel“ etwas abbekommen.

## Wieder deutsches Land im Westen weggenommen

Ohne jegliche Benachrichtigung einer deutschen Stelle wurde an der holländischen Grenze bei Aachen durch die Holländer erneut ein Stück deutsches Land genommen. Es ist die Ortschaft Finkenrath, sowie eine Straße in Herzogenrath. Die neuerliche Grenzveränderung sei von der internationalen Grenzkommission beschlossen worden, berichtet die britische Militärregierung in Aachen, nachdem die bereits im April vorgenommenen Änderungen noch nicht endgültig gewesen seien.

## Überfüllte Klassenzimmer und zu wenig Lehrer

Fortsetzung: Streiflichter aus Mannheims Volksschulen

In der Humboldtschule Der Rektor gestattet mir keinen Rundgang durch die Klassenzimmer, er gibt mir lediglich die Zahlen. Die Knabenabteilung ist ausgebombt, 923 Schüler sind in der Mädchenabteilung in 15 Klassenräumen zusammengedrängt. Vor der Währungsreform sollte die Knabenabteilung wieder hergestellt werden, seit dem Erscheinen der DM ist es im Hinblick auf den leeren Stadtsäckel Zukunftsmusik geblieben. Die Klassenverbände sind bis zu 51 Kindern stark, der Durchschnitt liegt bei 44 Schülern. Seitdem die Hilda-Schule durch Bomben vernichtet wurde, sind in Neckarstadt-West nur noch die Humboldt- und die Neckarschule vorhanden. Der Zuzug von außerhalb durch das Rückströmen der Evakuierten macht sich ebenfalls fühlbar, es waren in diesem Jahre 70 Kinder, die in die ohnedies überfüllten Klassenzimmer noch hineingepropft werden mußten. Im neuen Schuljahr wird sich das noch unangenehmer bemerkbar machen, da der Zustrom nicht abreißen wird. Folge der Wohnungsnot sind bedenkliche Zeichen sexueller Frühreife bei den Mädchen, ferner Erkrankungen, ein Mädchen der 7. Klasse, deren Familie im Keller haust, ist beispielsweise an Rheuma erkrankt. „Besäße sie nicht eine so gesunde Natur, wäre sie schon längst tuberkulös, meinte der Rektor. Ich inspiere auf eigene Faust die Klassenzimmer und stelle fest, daß in einigen Räumen die Fußböden fehlen, der nackte Zement schaut heraus.

In der Neckar-Schule „Wo ist der Vater, ist die Ehe zerrüttet, wie“ ist die materielle Seite, wie die Wohnung beschaffen, hat das Kind ein Bett? Das sind die Fragen, die uns bewegen, und so gehen wir an die Erziehung heran, sagt

# Entscheidung über zwei Wege bei der Bundestagswahl

Radioansprache über Stuttgart des Kandidaten der KPD Willy Grimm, Mannheim, zur Bundestagswahl

**Eine Alternativfrage**  
Der Wahlauftrag der Kommunistischen Partei Deutschlands schließt mit zwei Fragen an das deutsche Volk. „Wollt Ihr“, ist die erste Frage, „mit den Führern der bürgerlichen Parteien und der SPD über den Weg der Kolonisierung Deutschlands und damit der Demontage, der JETI-Politik, der Betriebsstilllegungen, Arbeitslosigkeit und Riesenverschuldung in die unausbleibliche Katastrophe, in Verelendung und Krieg gehen?“ Die zweite Frage lautet: „Oder wollt Ihr mit den Kommunisten kämpfen für die Schaffung einer nationalen Front aller Deutschen für ein geeinigtes, starkes und unabhängiges Deutschland, für einen gerechten Friedensvertrag, für das Abzug aller Besatzungstruppen, für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes in allen Fragen seines staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, für Frieden und Völkerverständigung?“

**Ausgerechnet die vielgelästerten Kommunisten**  
Mit den Fragen wird unterstellt, daß die Führer der bürgerlichen Parteien und auch der SPD das Selbstverständliche für Deutschland nicht wollen und daß es ausgerechnet die vielgelästerten Kommunisten sein sollen, die das, was dem deutschen Volk in Gegenwart und Zukunft not tut, auf ihre Fahne geschrieben haben.  
**Ein Schauspiel zur Täuschung der Wähler**  
Dr. Schumacher hat doch den Kampf zur Bundestagswahl mit einer wütenden Attacke gegen Adenauer, Prof. Erhard, gegen die Frankfurter bürgerlichen Mehrheitsparteien, gegen die Schildknappen des „Kapitalismus Frankfurter Observanz“ er-

öffnet und die CDU hat nicht weniger wild darauf reagiert. Und trotzdem nennen wir Kommunisten sie alle in einem Atemzug? Das tun wir und tun es mit Recht. Alles, was dem deutschen Volk zum Verhängnis gereicht und im Parlamentarischen Rat in Bonn im Vollzug nicht deutscher Interessen ausgebrütet wurde, hat jene in trauriger Gemeinschaft gezeitigt.  
Den Weg, der zum Separatstaat Westdeutschland führte, sind sie gemeinsam gegangen. Daß es dabei taktische Nuancen und Feinheiten unter ihnen gegeben hat, stellte nur das notwendige Täuschungsspiel für die Öffentlichkeit und die Wähler dar.

**Am Ende: Wieder zusammen im Koalitionsbett**  
In Mannheim wird gegenwärtig sehr grell beleuchtet, was von der angeblichen Gegnerschaft zwischen SPD und bürgerlichen Parteiführern zu halten ist. Vierzehn Tage vor der Bundestagswahl wird in Mannheim die Neuwahl des Oberbürgermeisters durchgeführt. Auf den Kandidaten Dr. Heimerich haben sich SPD, DVP und CDU geeint. Dr. Schumacher's Feldgeschrei gegen die Parteien des Besitzbürgertums erhält dabei eine Untermauerung, wie wir sie uns nicht schöner wünschen können. Es wird so sinnfälliger gemacht, daß getrenntes Marschieren dieser Parteien nur zeitweilige Taktik, vor allem nur Wahltaktik ist. Am Ende der Wahlen zum Bundestag wird es wieder die Vereinigung der feindlichen Brüder im berühmten Koalitionsbett geben.

Dr. Schumacher und Dr. Adenauer sind dann wieder, wie sich's gehört, recht manierlich zueinander.

## „Mein Haus ist ein Bethaus, ihr habt es zur Mördergrube gemacht“

Die Finanzverflechtungen des Vatikans

terer Aktiengesellschaften, wie der italienischen Aktiengesellschaft für rationelle Volkskohlegewinnung, der Baugesellschaft Frascati Nuova, der italienischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft des Südostens und anderer monopolistischer Unternehmen.  
Wir glauben, daß viele katholische Arbeiter und Angestellte, und viele katholische Bauern und Flüchtlinge mit einem Kommentar der „Berliner Zeitung“ einig gehen, die hierüber schreibt:

„Die Schüsse des 20. Juli waren das Grabgeläut des Dritten Reiches“, weiß der „SPD-Pressedienst“ vom 13. Juli zu melden.  
„Warum haben die Generale nicht Schluß mit dem Hitlersystem gemacht? Die Beseitigung des Regimes wäre nur auf revolutionärem Wege möglich gewesen. Revolution ist Umschlagen der Quantität in eine Qualität. Der Teil der Generäle, der bereit war, die Naziherrschaft zu stürzen, bedurfte also der Massen, in diesem Fall zunächst der Masse der Truppen, darüber hinaus die Massen des Volkes.“

schreibt dagegen der ehemalige Generalleutnant, Paul Mahlmann, in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 7. Juli 1949.  
Konnte denn diese Handvoll Generale eine Revolution des Volkes gegen das Naziregime entwickeln? Nein, sie dachten an das Volk in letzter Instanz. Sie rechneten in nüchternen Zahlen mit Armeen und Regimentern, die auf Befehl dorthin

maschieren sollten, wo sie die Generale und ihre Auftraggeber, nämlich der Teil der deutschen Monopolisten — der den Zusammenbruch vor Augen, sich zum Teil des Raubes mit ihren westlichen Kollegen beifanden — hindrängieren wollten, nämlich den Osten. Aber diese Generale wußten noch nicht einmal, ob ihre Soldaten marschieren würden.  
„Eine Truppe mit einheitlicher Opposition, die die Kraft revolutionären Willens in sich trug, gab es aber nicht. Sie war auch schwer zu schaffen.“  
„Stuttgarter Zeitung“ vom 7. Juli 1949. Sie konnten ihren Truppen kein revolutionäres Kampziel, keinen Frieden, keine revolutionären Freiheiten geben, denn auch sie wollten die deutschen Soldaten für die Erhaltung des Kapitalismus in den Tod jagen. Die Soldaten und letzten Endes das Volk konnten nur Mittel, aber nicht Träger dieser Aktion sein; deshalb konnte es kein revolutionäres Bündnis zwischen Soldaten, Volk und Generalität, sondern nur den Befehl geben. Aber dieser Befehl war für die Soldaten ohne Inhalt und ohne Beziehung, unpersönlich wie alle anderen Befehle im Interesse einer Clique.

Die Hintermänner des 20. Juli haben die Nachkriegszeit nicht ungenutzt gelassen. Die passiven antikommunistische Hetze, der kalte Krieg und die koloniale Unterwürfigkeit sozialdemokratischer Führer haben — ihrer Meinung nach — die Masse genügend verblendet, um die echten nationalen und freiheitlichen Werte verfälschen zu können und vergessen zu machen, daß das revolutionäre Bündnis der freiheitlichen Völker der Sowjetunion und der heutigen Volksdemokratien unter Führung der Kommunisten nicht nur der Todesstoß für das „Dritte Reich“, sondern für jedwede koloniale, imperialistische Unterdrückung ist.

Da macht die KPD nicht mit!

Die Kommunistische Partei macht bei dieser Politik nicht mit, sie spricht offen aus, wessen Gegner und wessen Freund sie ist. Sie überläßt es den anderen, nach dem fragwürdigen Beifall aus dem Ausland zu schielen. Ihre Politik ist bestimmt von den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Sie ist nicht in dem Netz schuldhafter Verstrickung gefangen, das mit Ruhr- und Besatzungsstatut von den westlichen Besatzungsmächten geflochten wurde.

**Das große Ja, und dann ...**  
Man kann nicht im Großen die Politik des Westblocks, Weststaats, Ruhr- und Besatzungsstatut verfechten, um dann Einzelheiten und Auswirkungen zu kritisieren. Die Opfer der Währungsreform gehen auf das Konto dieser Politik. Der ungleiche Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen ebenso, der auf der einen Seite zu schneller Reichtumshäufung, auf der anderen zu einer schamlosen Ausplünderung der Volksmasse, insbesondere der Arbeiter und Angestellten, Rentner und Kriegshinterbliebenen führte.

Versprechungen, schön zu hören, nichts mehr!

Es wird von den Parteiführern und Verfechtern des Weststaates gegen die hohen Steuern gewettert und uns in der Wahl einiges versprochen, das sich sehr schön anhört. Kann es ernst gemeint sein? Haben sie nicht selbst geholfen, den Zustand zu schaffen, der die hohen Steuern nötig machte? Reden sie nicht davon, daß die Besatzungszeit recht lange dauern möge und wie groß sind die Summen, die wir als Besatzungskosten zahlen müssen? Ich erinnere mich, daß dieser Tage bei den Haushaltsberatungen der Stadt Mannheim der

Gesamtetat mit 120 Millionen beziffert wurde, wovon allein 60 Millionen auf die Besatzungskosten der Stadt Mannheim entfallen. Wahrhaftig, eine Riesensumme, die zuvor durch Steuern aufgebracht werden muß.

Wann sind Freiheit und Demokratie fragwürdig?

Wer für das Verbleiben der Besatzungsmächte in Deutschland ist und einer langen Besatzungsdauer das Wort redet, sollte vorsichtig im Gebrauch der Worte von Freiheit und Demokratie sein. Unter Besatzungsmächten ist beides fragwürdiger Natur. Wenn Freiheit und Demokratie in den wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen unseres Lebens eine so äußerst schmale Basis haben, bleiben sie leere Worte. Die wirtschaftliche und soziale Gestaltung Deutschlands ist durch das Ruhrstatut und die JETI dem Ausland vorbehalten. Die Demontagen fallen in das gleiche Kapitel. Dies allein würde genügen, um uns die Bestimmung über das eigene Schicksal zu nehmen, die die Voraussetzung wirklicher Freiheit und Demokratie ist. Es kommen aber noch das Besatzungsstatut und die Hohen Kommissare hinzu, um sie für uns Deutsche noch illusorischer zu machen. Die Charta für die Hohe Alliierte Kommission wurde von der „New York Times“ als „Status einer Kolonie mit einer sehr beschränkten Autonomie“ bezeichnet. Wir Kommunisten haben frühzeitig gewarnt und immer wieder darauf hingewiesen, daß die Durchführung der Londoner Empfehlungen genau den Zustand in Westdeutschland schaffen werden, den die „New York Times“ so treffend charakterisierte.

Die Verantwortlichkeit!

Verantwortlich für den Zustand, in dem wir heute leben, ist nicht nur unsere Vergangenheit, sind nicht nur die Besatzungsmächte, sondern es sind dies auch die Weststaatsparteien und -Politiker, denn der Inhalt ihrer Politik hat darin bestanden, zu ermöglichen, daß der „separate Kolonialstaat Westdeutschland“ aus der Taufe gehoben werden konnte.

Wer kein geteiltes Deutschland will, wer ablehnt, in kolonialer Abhängigkeit zu leben, wer für Selbständigkeit und eigene Bestimmung über Deutschlands Wirtschaft und Politik ist, der entscheidet sich für die Kandidaten der Kommunistischen Partei zum Bundestag.

## Beispiele des Gesinnungsterrors

Katholische Kirche verfolgt Protestanten

Im selben Augenblick, in dem der Vatikan seine Gläubigen, die ihre Sympathien zum Kommunismus aufrechterhalten wollen, mit der automatischen Exkommunikation bedroht, wird dem Vatikan auch von protestantischer Seite Gesinnungsterror nachgewiesen.

Daß diese Vorgänge in der uniformierten westdeutschen Presse verschwiegen werden, ist nicht erstaunlich. Die „New York Herald Tribune“ berichtet jedoch über die Tagung des Weltkirchenrates in Chichester, auf der am 14. Juli eine Resolution gefaßt wurde, in der festgestellt wird, daß in Spanien von der katholischen Kirche Gesinnungsterror ausgeübt und andere religiöse Gemeinschaften unterdrückt werden. Der Weltkirchenrat stellt weiterhin fest, daß auch in Südamerika Verfolgungen von Protestanten stattfinden und forderte vom interamerikanischen Evangelisten-Kongreß, der diese Woche in Buenos Aires stattfindet, Hilfe für die drei Millionen Protestanten in Südamerika.

Diese Stellungnahme des Weltkirchenrates bestätigt die früheren Meldungen über Gewaltakte gegen protestantische Gottesdienste und über das Verbot ihrer öffentlichen Ankündigung in Spanien. Sie läßt auch die Meldungen über die antisemitische Tätigkeit des wegen staatsfeindlicher Handlungen verurteilten Kardinals Mindszenty im richtigen Lichte erscheinen.

Im Gegensatz zur intoleranten Haltung des Vatikans stellt der Weltkirchenrat in seiner Resolution selbstkritisch fest:

„Die Kirchen müssen selbst keinen kleinen Anteil an Schuld für die Mißstimmung tragen, die unter den nichtbevorzugten Massen der Bevölkerung der Welt herrscht, da ihre eigenen Anstrengungen, die Brüderschaft aller Menschen zu verwirklichen, so schwach gewesen sind.“

Wir Kommunisten werden uns, trotz des päpstlichen Dekrets, nicht davon abhalten lassen, für die Interessen des Volkes, auch für die der armen und entrechteten Katholiken, einzutreten. Diese mögen aber an den Äußerungen ihrer protestantischen Glaubensbrüder erkennen, daß Toleranz und Demokratie von ihren Kirchenfürsten verletz werden.

Charme gemacht, doch ohne jede tiefere Bedeutung.  
In den Palast-Lichtspielen kommt ab Freitag, 22. Juli, der Bavaria-Film „3x Komödie“ mit Ferdinand Marian zum Einsatz. Am gleichen Tag läuft in den Müller-Lichtspielen als Reprise der Metro-Goldwyn-Mayer-Film „Die Entscheidung“ mit Greer Garson an.

Modernisiertes Capitol-Filmtheater

Das Capitol, seit 1929 traditionsbeladene Stätte der flimmernden Leinwand mit zum Teil unvergesslichen Mannheimer Premieren von Spitzenfilmen wie „Der Mörder Dimitri Karamasoff“ und „Schiffbruch der Seelen“, erfährt im Innern eine Modernisierung durch ein neuzeitliches Verfahren der Bau technik. Das Verfahren besteht in einem neuartigen Verputz, der ein Gemisch von Glasteile, Leim und Farbe ist und einer außerordentlichen Verbesserung der Tonakustik dient. Die mächtige äußere Kuppel mit 550 Quadratmeter Flächeninhalt ist fertiggestellt, die Balkenkuppel ist im Werden. Etappenweise wird der neue Verputz angebracht, bis das ganze Theater damit versehen ist. Die Demontage läuft im Capitol der vielbesprochene Meisterfilm der DEFA, „Ehe im Schatten“, an, der bei Presse und Publikum überall ein starkes Echo fand. Franz Mohr

Das Theater des Volkes

Das Theater des Volkes bereitet zur Zeit die Operette „Die Dollarprinzessin“ von Leo Fall vor. Die Premiere findet am Samstag, 23. Juli 1949, um 22.15 Uhr, im Ufa-Palast statt.

## Theater und Filme

Querschnitt des Filmes der Woche

Eine interessante Untersuchung des Payne-Truists förderte zutage, in welchen Bahnen das amerikanische Filmschaffen zur Zeit wandelt. Danach befassen sich 75-80 Prozent der filmischen Produktion mit kriminellen bzw. sexuellen Themen. Das Thema Pflichterfüllung gerät sehr in den Hintergrund und nimmt den achten Platz ein. In 115 Filmen sind von den Heldinnen 33 Prozent, von den Schurken 34 Prozent, den „Vamps“ 63 Prozent reich oder Millionäre, Arme gibt es nur 5 Prozent. Es werden 54 Morde begangen, 59 Tötlichkeiten, 38 Raubüberfälle und 21 Kindesentführungen (die „Kidnappers“) — dies alles in nur 115 Filmen. Bei der unerschütterlichen Breitenwirkung des Filmes und der neuerlichen Überfutung des westdeutschen Marktes mit den Erzeugnissen der amerikanischen Filmkonzerne (Metro-Goldwyn-Mayer, MPEA) wirken diese Tatsachen alarmierend und erhöhen die Aufmerksamkeit der Presse, die sich hier kontrollierend zwischen Kinobesitzer und Produktion einschalten muß. Sensation, Nervenkitzel, sexuelle Anomalie sind die filmischen Drogen, die in raffinierter Dosis (Aufmachung und Verwendung schauspielerischer Effekte) dem Publikum verabreicht werden.

Es ist klar, daß in der kapitalistischen Ordnung die Filmherstellung, welche ihrer Struktur gemäß eine Industrie ist, den gleichen Bedingungen unterliegt, wie jede andere Industrie. Der Geschäftsmann spielt eine primäre,

der Künstler eine sekundäre Rolle. Durch jahrzehntelanges, systematisches Herunterdrücken des Publikumsgeschmacks, das mit Sensationen und Traumfabriken narkotisiert wurde, ist der Kunstfilm selten ein Geschäft, jedenfalls immer ein Risiko. Hin und wieder gelingt es einer Künstlerpersönlichkeit im kapitalistischen Westen, ihre Intentionen durchzudrücken und dann wird es meistens ein Wurf. Solch ein Wurf ist der im filmischen Kaleidoskop der Woche auftauchende Film mit dem gängigen Titel „Klara Schumanns große Liebe“ („Song of Love“) deklarierte Bildstreifen der Metro-Goldwyn-Mayer (Alster-Lichtspiele). Das Leben des großen deutschen Romantikers der Tonwelt, Robert Schumann, an der Seite der Klara Wieck, sein blühendes Schöpferertum und langsame Verlöschen in geistiger Umnachtung ist die Story, die aus dem Geist der Musik gegebungen so unendlich reichen 19. Jahrhunderts ragen hervor Franz Liszt und einer, der später alle überschritten sollte: Johannes Brahms. Die filmische Gestaltung des Stoffes durch den Regisseur Clarence Brown, die in liebevollen Details aus der Häuslichkeit Schumanns eine Atmosphäre der großen Bohème schafft, ist stilvoll und hat jenen großen Bogen, welcher den Film in die Bezirke der Kunst hebt. Die herbe, durchgeistigte Fraulichkeit der Frau Dr. Catherine Hepburn, vor kurzem noch „unamerikanischen Verhaltens“ durch den Regisseur Clarence Brown, die in liebevollen Details aus der Häuslichkeit Schumanns eine Atmosphäre der großen Bohème schafft, ist stilvoll und hat jenen großen Bogen, welcher den Film in die Bezirke der Kunst hebt. Die herbe, durchgeistigte Fraulichkeit der Frau Dr. Catherine Hepburn, vor kurzem noch „unamerikanischen Verhaltens“ durch den Regisseur Clarence Brown, die in liebevollen Details aus der Häuslichkeit Schumanns eine Atmosphäre der großen Bohème schafft, ist stilvoll und hat jenen großen Bogen, welcher den Film in die Bezirke der Kunst hebt.

„Kampf um Jimmy“, der Eagle Lyon im Palast ist die wirklichkeitsnahe Fassung eines alltäglichen Schicksals, die leider einer weiteren sozialen Beleuchtung entbehrt. Eine junge Mutter, Opfer eines Bigamisten, muß unter drückender Armut qualvoll auf ihr Kind verzichten und in fremde Hände geben, um später mit Entsetzen feststellen zu müssen, daß ihr eigen Fleisch und Blut von ihr weg zu den Pflegeeltern zurückstrebt. Konflikt, Spannung und Entspannung sind klug durchgeführt, Typisierung und milieureich, Patrizia Roc ist eine ergreifende Mutter.

„Ist dies auch Tollheit, hat es doch Methode“ möchte man mit Polonius kopfschüttelnd sagen, wenn man diese neueste IFA-Tollheit, „Das unheimliche Lied“ sieht, die gegenwärtig im Capitol gezeigt wird. Das dominierte Lied ist gar nicht unheimlich, sondern ein mystisches Verbundenheit mit „exzellente“ durchgeführten Morden an jungen Mädchen steht. Ein spannend gemachter Reisser, bei dem auch Shakespeare-Monologe aus dem „Hamlet“ und dem „Othello“ deklamiert werden.

Marlene Dietrichs klassisches Vampgesicht tauchte noch einmal in einer Reprise von René Clair's „Die Abenteuerin“ in den Müller-Lichtspielen auf. Was diese Frau einmal macht, ist ihre ewige Jugend, die wohl ein Geheimnis ihrer Toilettenkünste und des Maskenbildners ist. Der Film ist eine nette Parodie der guten Gesellschaft in New Orleans vor hundert Jahren, die von einer abenteuernden, galanten Schönen genasführt wird. Mit viel

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10. Tel. 422 60. — Vertrieb und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs G.m.b.H., Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. — Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. — Auflage: 23.700.

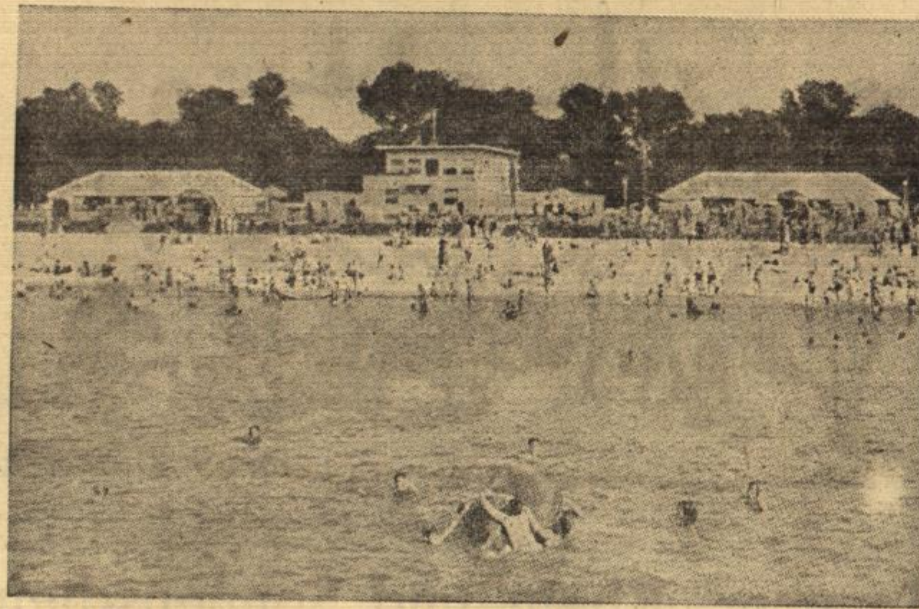


KARLSRUHE

20 Jahre Rheinstrandbad Rappenwört

Im Jahre 1929 wurde das Rheinstrandbad Rappenwört fertiggestellt. Gleich im ersten Jahr fanden dort 365 000 Besucher Erholung in Licht, Luft, Sonne und Wasser.

Rappenwört wurde das „Lido“ der Karlsruher. Es war aber auch eine Perle unter den Strandbädern mit seinen schönen Anlagen und Liegeplätzen, mit seinem Badebecken und seinem Rheinstrand, mit den Spiel- und Sportplätzen, von denen die Ringtennisplätze eine besondere Erwähnung verdienen, weil von hier aus dieses Spiel sich zu einem weit über die Grenzen Deutschlands hinaus volkstümlichen entwickelte.



spielt für Erwachsene und Kinder und zwei Shetlandpony sind zum Reiten und Kutschwagenfahren eingesetzt. Rappenwört erstrahlt also wieder in neuem Glanz und ist auf dem besten Weg, seinen Ruf als Sehenswürdigkeit und Musterstrandbad wieder zu erringen.

Anlässlich des 20jährigen Bestehens des Rheinstrandbades Rappenwört veranstaltet die Badeverwaltung am Sonntag, dem 24. Juli 1949, ein großes Sommerfest mit Sportvorführungen aller Art: Schwimmen, Ringtennis, Tischtennis, Boxturnieren, Turnen, Jiu-Jitsu, mit Lampon-Kanufahrten, Fischerstechen und dergl. Kinderbelustigungen, Tombola, Konzert und Tanz an verschiedenen Stellen.

Zur Erfrischung nach Spiel u. Sport

Advertisement for Rees-Bonbons, featuring the text '...jetzt wieder die guten Rees-Bonbons von der ZUCKERWAREN-FABRIK EBERSBERGER & REES G.M.B.H. KARLSRUHE i.B. GEGRÜNDET 1862'.

Advertisement for Wagner-Eis, featuring the text 'Eiskrem AMERIKANISCHE ART', 'Scheint die Sonne auch noch so heiß immer erfrischt das Wagner-Eis!', and 'WAGNER u. CO. Eiskremfabrik'.

Strandbad - Restaurant

Gute Küche u. Getränke - Gemütl. Räume f. Gesellschaften - Otto Lutz, Tel. 7740

Sommerfest in Rappenwört

am Sonntag, dem 24. Juli 1949, Beginn 10 Uhr, anlässlich des 20jährigen Bestehens des Rheinstrandbades, veranstaltet von der städtischen Badverwaltung Karlsruhe unter Mitwirkung zahlreicher Sportvereine mit sportlichen Vorführungen: Tombola, japan. Fadenziehen, Krabbelsock, Kasperltheater, Shetland-Pony-Kutschfahrten und Reiten, sowie Kinderbelustigungen aller Art.

Den Proviant für das Wochenende im Strandbad liefert: Feinkost-Görger, Kaiserstr. 135, Tel. 5704

Advertisement for FOTO Apparate! featuring Rosenthal, with text 'Alle bekannten Marken nunmehr in bequemem Teilzahlungen!' and 'Kriegstr. 76 Ruf 1419'.

Advertisement for Wilhelm Kiefer, Elektromeister, with text 'Das Fachgeschäft für Elektroinstallationen' and 'Karlsruhe, Adlerstr. 2a Telefon 6928'.

SINNER BIER

Sommerschlußverkauf ab 25. Juli 1949

Advertisement for ZELTE, featuring text 'Ich verleihe ab sofort ZELTE geeignet für Vereine, Wandergruppen, Padler, ambulantes Gewerbe, Gaststättenbetriebe b. Festveranstaltungen u. a. m. WALTER NOPPER, Textilwaren Stegwaren-Verkauf KARLSRUHE-KNIELINGEN, Rheinrückstraße 16'.

Advertisement for Sommer-Schluß-Verkauf by LEIPHEIMER & MENDE, featuring text 'Altbekannt für gute Stoffe - Altbekannt für gute Stoffe' and 'Leipheimer & Mendel'.

Advertisement for Badisches Staatstheater, featuring text 'Einladung zum Abonnement 25 Vorstellungen (15 musikalische Werke 10 Sprechstücke) zahlbar in 10 Raten'.

Advertisement for Textilhaus Hauschowitz, featuring text 'Stoffe extra billig! Zellwoll-Musselin 80 cm breit 2,85, 1,95 Kretonne bedr. f. Kleider 70 cm breit 3,40, 2,25'.

Advertisement for Spielmann Etagegeschäft, featuring text 'Hans SPIELMANN ETAGEGESCHÄFT in Herren-Damen- u. Kinderkleidung jetzt KAISERSTR. 91 (WEINHAUS JUST) zwischen Kronenstr. u. Waldhornstr. Teilzahlung'.

Advertisement for Kurt Wilh. Heck, featuring text 'Büromaschinen-Groß- und Kleinhandel Laufend Eingänge von erstklassigen Büroschreibmaschinen, Rechen-, Addier-, Buchungsmaschinen u. Zählwerken aller Systeme'.

Advertisement for Möbel-Künzler, featuring text 'Ab 15. Juli befinden sich meine Geschäftsräume Umlandstraße 8 u. 12. Sonderverkauf weit herabgesetzte Preise'.

Advertisement for Damen- und Herrenfriseur WOLF, featuring text 'Jhr Damen- und Herrenfriseur WOLF in neuen Räumen Kreuzstr. 20, Eckhaus Markgrafenstraße'.

Advertisement for Anton Schreyer, featuring text 'Qualitätswaren im Sommerschlußverkauf Auch wir brauchen Platz für die Herbstwaren und räumen ganz rücksichtslos zu weit herabgesetzten Preisen unsere Bestände in: Sommerstoffe aller Art, Kleider, Blusen, Röcke, Sommer- und Regenmäntel, Kinderkleidung, Strickwaren, Herren- und Damenwäsche'.

Advertisement for Anzeigen-Annahme in Karlsruhe, featuring text 'auch die billigen Kleinanzeigen (Kauf - Verkauf - Tausch - Stellengesuche und -Angebote) für das BADISCHES VOLKSECHO Eugen Burkhardt, Schumannstraße 10, Tel. 2666'.

Advertisement for Eहेleute, featuring text 'Keine Frauensorgen mehr d. u. UTE - Dauer - Mutterschutz. Gratis-Prospekt gegen Freiumschlag. Pharmagent Hamburg 1. Postfach 708 R' and a list of products like 'Blauflecken, 500 Gramm DM 1.70'.

Advertisement for Sommer-Schluß-Verkauf by Wollenschläger, featuring text 'Einige preiswerte Artikel zum Sommer-Schluß-Verkauf Herren-Hemden jeder Art 4,75, 6,50, 7,50'.



# Ferien im Mannheimer Strandbad

## Restaurant und Café „Terasse Nord“

Täglich von morgens bis nachts geöffnet!  
Warme u. kalte Speisen  
Gepflegte Getränke

## Sofie Barry

BACK- UND ZUCKERWAREN

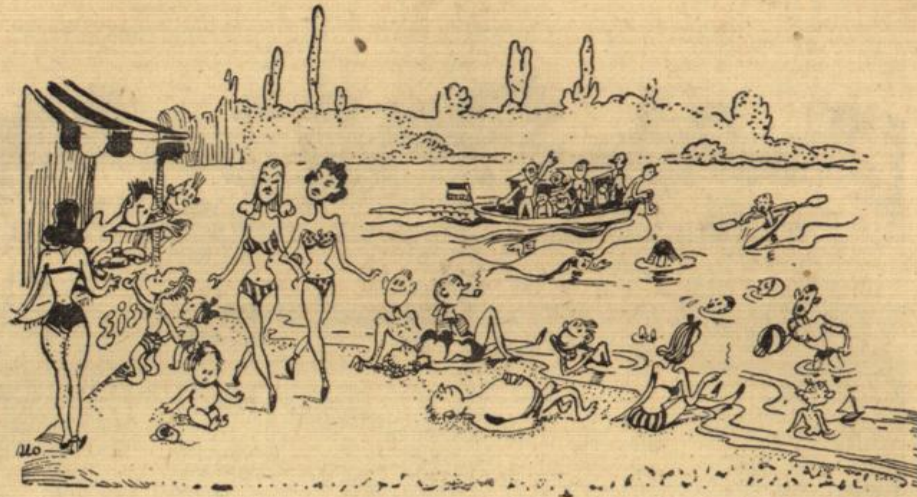
In- und ausländische Zeitungen, Zeitschriften, Bücher - Fußballfoto-  
Weitannahmestelle - Mannheimer Zeitung- u. Zeitschriften-Vertrieb  
**FRED DIETZ**

Badeartikel und Spielwaren  
in reicher Auswahl finden Sie bei **Martin Rottmann**

ALKOHOLFREIE GETRÄNKE

**Maria Christill**

OBST - RAUCHWAREN  
HEINRICH KIEGERL



## Sommer, Rhein und Sonnenschein

Der Sommer ist da mit Pauken und Trompeten, durch die Stadt weht sein warmer Atem, und im Konzertcafé trommelt die Jazzband vor leeren Stühlen. Draußen in den Gärten schwellen die Gurken der Sonne entgegen, um dann in den Einmachtopf der Hausfrau zu wandern. Saure Gurkenzeit — man merkt's an der Presse. Die Gnädige packt ihre Koffer, gibt den Dienstoff die letzten Befehle und schaukelt elegant im Schlafwagen an die blaue Adria oder sonst ein mondänes Seebad, wo „man“ unter sich ist. „Wer Geld hat, auch Ehr' und Anseh'n in der Welt hat“, meinte einmal melancholisch Heine. Der kleine Mann jedoch im schnittigen Konfektionssakko aus bester Holzfaser besteigt beschwingt die flinke kleine Barkasse, die ihn den viel besungenen Strom hinaufträgt und findet dort draußen, am Strandbad, den Mannheimer Lido, seine sommerlichen Freuden...

Hier bin ich Mensch...

Man taucht kopfüber in die Flut, taucht wie ein Torpedo und landet pfeilschnell zwischen den behaarten Beinen eines massiven End-

vierzigers. „Verzeihung, Herr Nachbar!“ Puh, man hätte sich gerne einen wonnigeren Ankerplatz gewünscht, ein Meermädchen oder vielmehr eine von den goldgelockten Rheintöchtern. Man geht wieder an Land und hält Umschau. Es ist alles da, ein Gemüsel und ein Getümmel, schlanke Jugend und etwas in die Breite gehende ältere Semester, süße Grazien und wandelnde Mehltonnen, daß man wieder mit Heine ausrufen möchte: „Diese schönen Gliedermassen kolossaler Weiblichkeit“. Mitunter sieht man auch eine ausgesprochene Badeschönheit, die siegesbewußt auf Strandschuhen vorüberwippt, aber sehr reserviert tut, d. h. es käme mal auf die Probe an. Am meisten Spaß machen jedoch die vielen, lieben, kleinen Nackedeis, die lustig krähen einem zwischen die Beine geraten, von den vielgeplagten, besorgten Müttern verfolgt, die sie nach aufregender Jagd wieder einfangen. In den langgestreckten Bauten des Nord- und des Südrestraurants sitzen in der Eisbar und im Café die Genießer, mustern

mit Kennerblicken das vorübergehende Ewig-Weibliche, und in dem sommerlichen Basar in beiden Restaurants ist alles zu haben, von der Briefmarke bis zur Badeausstattung, von den seligsten Torten und Kuchen bis zum kompletten Menu.

### Die Liebesinsel

Im Süden des Strandbades, hinter den Fahrradständern, wo das Ufer in einem Bogen vorspringt, ist die sagenumwobene Liebesinsel. Hier gibt es verschlungene Pfade und diskretes Weidengebüsch für verliebte Pärchen. Ja, der Gott, der Bub und Mädchen schuf, er kannte gleich den edelsten Beruf, auch selbst Gelegenheit zu machen. Und hier ist Gelegenheit in reichem Maße vorhanden. Hier wird geküßt und geliebt, wie nur je seit Adam und Eva, und man hört zärtliches Geflüster und kleine erschrockene Schreie, wenn man unversehens dazu kommt. Und über alle dem spannt sich ein blauer Himmel, lacht eine goldene Sonne, rauscht der Strom sein uraltes ewiges Lied. —m—

## Am 1. September 1949 erscheint das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands „Freies Volk“

Die Zeitung,

auf die alle Deutschen seit langem warten

## Film von Heute VORANZEIGE ab Freitag

**ALSTER LICHTSPIELE**  
O 3 6 - TEL 44647

Nur noch heute und Donnerstag  
**Clara Schumann's große Liebe**  
Beiprogramm:  
„So siegte Vik Mannheim“  
Beginn: 14.30, 17.30, 20.30 Uhr

**THEOLINGEN in**  
**Nichts als Zufälle**  
Interessantes Beiprogramm  
Tägl.: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr

**Capitol**  
AM MESSPLATZ Tel. 51186

„Das unheimliche Lied“  
Die Großreportage d. deutschen  
Fußballmeisterschaft  
„Um die Viktoria“  
Beg. 14.00, 16.30, 19.00 u. 21.00 Uhr

Ein spritziges Lustspiel  
**3x Komödie**  
Ferdinand Marian  
Margot Hielscher

**PALAST**  
BREITESTR. J16 TEL 44635

Donnerstag letzter Tag  
Renate Müller, Gustav Fröhlich  
in „LIEBESLEUTE“  
Im Beiprogramm d. Stuttgarter  
Meisterschaftsspiel  
Beginn: 10.15, 11.45, 13.45, 15.45,  
17.45, 20.00 Uhr

Ein spritziges Lustspiel  
**3x Komödie**  
Ferdinand Marian  
Margot Hielscher

Billig! Billig! Billig!  
**Kleiderschränke**  
60 cm, 90 cm, 100 cm, 110 cm,  
120 cm, 130 cm, 140 cm, 150 cm,  
160 cm, 170 cm, 180 cm, 200 cm  
Ein-, zwei-, drei- u. viertürig  
DM 80,- 90,- 118,- 128,- 138,-  
148,- 158,- 176,- 210,- 225,-  
235,- 265,- 295,- 310,- 335,-  
425,-  
**HCH. BAUMANN & CO.**  
Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

**STUCKEL**  
Mannheim G. 7/15  
Reparatur  
von Nähmaschinen jeden Fabrikats  
auch Industrie- u. Spezialmaschinen

„Blumenhaus Lange Rötter“  
Inh. KARL WERNER  
Telephon - Nummer 51539  
Liefert:  
Kränze  
Blumen aller Art  
zu allen Anlässen.

**Restposten**  
Lederandalen m. geschl. Ferse, Gummilautsohle, Gr. 40-45 **9.90**  
Kinder-Lederandalen fersentfrei **6.90**  
Leder-Riemensandalen, in verschied. Größen **2.50**  
Keilschuhe m. Knöchelsperre in Led. u. Wildl. fersentfrei jedes Paar **14.90**  
**Schnobhaus R. Föllner**  
Max-Josef-Straße 2

**C. Blumhardt**  
Fahrzeugwerk  
Wuppertal-Vohwinkel  
luftbereifte  
**Gespannwagen**  
**Langholzwagen**

**Willi Kleber**  
Elektro-Anlagen  
Radio - Beleuchtungskörper - Elektr. Heiz- und Kochgeräte  
Reparaturen  
Mittelstr. 9 - Telefon 52183

Einrichtungen auf Teilzahlung  
Schlafzimmer 650,- 220,- 45,-  
Küchen 250,- 90,- 30,-  
Wohnzimmer 590,- 200,- 40,-  
Couches 180,- 70,- 20,-  
Küchenherde 185,- 35,- 22,-  
Waschmasch. 155,- 75,- 20,-  
Badeeinrichtg. 303,- 101,- 35,-  
Fahrräder 138,- 70,- 20,-  
Nähmaschinen 295,- 190,- 45,-  
Radios 128,- 43,- 17,-  
Kameras 87,- 23,- 16,-  
Herrenanzüge 89,- 45,- 23,-  
Kostüme 87,- 45,- 22,-  
(sofortige Lieferung)  
durch Wohnungsvermittlg. Schäfer,  
Mannheim, U 4, 14, gegründet 1892.

**FROMMS ACT**  
Dtz. 4DM, portofr.  
Diskreter Versand per Nachn.  
Sintenis, Kumbach,  
Fischergasse 15 I

**An- und Verkauf**  
von Gebrauchswaren aller Art  
**Heinrich Stahl**  
Langerötterstraße 12/14  
Uhrenreparaturen zu  
**Wilhelm Zimmer**  
Luzenberg, Untere Riedstraße 22

**Terassen-Café Süd**  
Wein - Bier - Limonade - Kaffee - Kuchen  
Fruchtsäfte - Kalte Speisen - Warme Würstchen  
Spez. Bratwürstchen  
H. BARENZ

Feinstes Speiseeis - Süßwaren - Gebäck  
BLANK

OBST - RAUCHWAREN  
W. DUCZEK

**Vollmer-Parfümerie**  
Bade-Artikel und Verleih



**Bei Beschwerden des nahenden Alters**  
schlechtem Schlafen, Schwindelanfällen, nervösen Kopf-, Herz- und Magenbeschwerden erweist sich - wie zahlreiche Dankschreiben u. klinische Gutachten belegen - **der echte Klosterfrau-Melissegeist** als zuverlässiges Hausmittel. Erhältl. in Apoth. u. Drogh. Klosterfrau, Melissegeist-, Schnupfpulver- und Puderfabrik, Köln a. R. 2.

**Theater des Volkes Mannheim**  
Telephon 438 28  
Samstag, 23. Juli, 22.15 Uhr, im Ufa-Palast Mannheim  
Premiere! **Die Dollarprinzessin** Premiere!  
Operette in 3 Akten von Leo Fall  
Wiederholung: Samstag, 30. Juli, 22.15 Uhr  
Vorverkauf: Bekannte Vorverkaufsstellen und Theaterkasse im Ufa-Palast von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Telefonische Kartenbestellungen unter Tel.-Nr. 438 28 erbeten. Nach Schluß der Vorstellungen Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen.

**Auf Teilzahlung!**  
20 % Anzahlung - der Restbetrag in 5- und 10-Monatsraten!  
Führe sämtliche Fabrikate  
Neu! Lorenz Einkreiser **DM 128,00**  
Neu! Lorenz Super „Hannover“ **298,00**  
Neu! Siemens Standard Super, 4 Röhren, 3 Wellenbereiche, 6 Kreise **240,00**  
Neu! Tempelhof-Kleinsuper, 4 Röhren, 3 Wellenbereiche, 6 Kreise **258,00**  
Neu! Löwe Super, 4 Röhren, 2 Wellenber., 6 Kreise **309,00**  
Neu! Blaupunkt Super, 4 Röh., 3 Wellenber., 6 Kreise **320,00**  
Neu! Blaupunkt Super, 5 Röhren **350,00**  
Neu! Saba Reporter **325,00**  
Neu! Automatisch Plattenspieler **275,00**  
**Radio-Brusch, Mannheim Waldhof**  
Oppauerstraße 26

**Schreiber**  
GEGR. 1850  
Sommerzeit ist Einmachzeit!  
Kräuteressig offen, 5% Säure, Liter **DM .50**  
Weinessig offen, 20% Weingeht., 5% Säure, Liter **DM .90**  
Weinessig 20% Weingeht., 5% Säure, 1/2 Fl. o. Gl. **DM .75**  
Essig - Essenz 60% Säure, z. Selbstbereiten von 4 Flaschen Speise- u. Einmachessig, Flasche 200 g Inhalt **DM 1.20**  
Citronenessig 5% Säure, ein vollmundiger Tafelessig mit den feinen Geschmacksstoffen d. Zittr. 1/2 Flasche o. Gl. **DM .75**  
Rheingold - Speisesalz in 2 1/2 kg Baumwollgewebesäckchen **DM 1.20**  
Rheingold Speisesalz in 5 kg Baumwollgewebesäckchen **DM 2.15**  
ferner empfehle ich:  
Opakta, Einmachcellophan, Salycilpergament, Einmachwürze, diverse Konservierungsmittel f. Obst und Gurken, Gummiringe usw.  
Für die heißen Tage:  
Teinacher Sprudel **DM .30**  
Literflasche o. Gl. **DM .65**  
Apfelwein 1/2 Flasche o. Gl. **DM .65**  
Apfelsaft Literflasche o. Gl. **DM 1.15**  
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

**DEN KELLER VOLL EINGEKOCHTES**  
ohne daß das Einkochen Mühe macht - dies Wunder vollbringt die Verwendung der **Namenlos**  
**EINKOCH-GLASDOSEN**  
Man kann mit ihnen stückweise einkochen. Zusatzgeräte werden nicht benötigt, NAMEDLOS-Einkoch-Glasdosen sind zuverlässig schließend und spielend leicht zu öffnen!  
Hierzu:  
**Einkoch-Apparate**  
von **Adolf Pfeiffer**  
G. m. b. H.  
**K 1, 4**

**HEKA Hartglanzwachs**  
die altbewährte gute Seperntinwaxe  
Kgl. Hoflieferant  
Kgl. Hoflieferant

23. Juli, 22.30, Samstag  
**Ein hellerer Sommerabend**  
mit Musik - Gesang - Tanz - Humor in den Alster-Lichtspielen  
Ein Bühnengastspiel prominenter Künstler:  
**BARNABAS von GECZY**  
Lore Paul - Erwin Hoffmann - Heinz Erhardt - Lothar Röhrig  
Max Wendler  
Am Flügel: Fritz Heringer  
Karten zu 1.50 bis 3.50 DM in den Vorverkaufsstellen Böttger, Schmitt, Schleicher, Schreckenberger u. Büro Alster (Tel. 44647)  
Nach Schluß Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen

**Das Einkaufs-A-B-C**

**Bohn** Mannheim O 6, 9  
DIPL. OPTIKER am Universum

**Lederwaren** Offenbacher Lederwaren  
**Wilhelm Friedrich Bauer**  
an den Planken, O, 6, 6 - Ruf 41049

**MOBEL VOLK** zeigt Ihnen unverdächtig die anerkannt größte Auswahl formstehender Qualitätsmöbel zu günstigsten Preisen  
Mannheim, Qu 5, 17.

**Radio** **Radio-Kunze L 6, 12**  
Alle Geräte durch:  
Radio-Sparvertrag ab 5.- DM wöchentlich

in **10 Minuten**  
**Alle Marmeladen mit Opekta**  
Rezeptbuch senden wir gerne kostenlos  
Opekta nur in Original-Flaschen niemals lose